Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graschenstr. 18, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 3.50, pro Woche 90 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 3.50, frei ins Haus Mk. 3.92, im letzten Haus am Ort Mk. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 14. Dienstag, den 18. Januar 1910. 21. Jahrgang.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preußen!

Polizei-Verbot.

Nach Ankündigungen in der „Volkswacht" sollen die österreichischen Reichsrats-Abgeordneten

Dr. Karl Renner aus Wien und

H. Jokl aus Jägerndorf

hier in öffentlichen politischen Versammlungen sprechen.

Ich mache deshalb darauf aufmerksam, daß das Auftreten der Genannten in diesen Versammlungen als Redner im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung polizeilich nicht zugelassen werden wird.

Breslau, den 14. Januar 1910.

Der Königliche Polizei-Präsident.
gez. v. Oppen.

„Im Interesse der Sicherheit unseres geliebten preußischen Staates! Wir besitzen zwar 181 Infanterieregimenter, 80 Kavallerieregimenter, 83 Feldartillerie-, 15 Fußartillerie-Regimenter, 15 Jägerbataillone, 14 Maschinengewehrabteilungen, ungerechnet den Train, die Eisenbahnbataillone, Automobilkorps und Luftschifferabteilungen! 500 bis 600 Schutzleute, Wachtmeister, Kommissare, Inspektoren und „Kriminale" ließen sich das Mittagessen kalt werden, um obengenannte preußische Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten! Und doch: Die Genossen Renner und Jokl sind zwei ganz andere Kerle! Wenn die nach Preußen kommen und zu deutschen Arbeitern sprechen, dann gerät die ganze schöne, auf Gewehrschlünde und Säbelspitzen aufgebaute Sicherheit ins Wanken. Und davor behüte uns, lieber himmlischer Vater! Und so erging ein Gebot des hohen Herrn Polizeipräsidenten, auf daß keiner von den beiden Ausländern seinen losen Mund auftäte und mit seinen Vergleichen über preußisches und österreichisches Wahlrecht die ohnehin schon ungemütlichen Proleten Breslaus noch aufsässiger machte. Zwar handelt es sich eigentlich um Bundesbrüder aus dem Dreibundstaate, mit dem wir uns besonders innig befreundet fühlen, aber — was will das besagen gegen die „öffentliche Ordnung und Sicherheit in Preußen!" Für unsere regierende Klasse und die ihnen dienenden Behörden gibt es einen Feind, so gefährlich, daß alle Staatenbünde dagegen in Asche zerstieben — das Proletariat. Mit Respekt haben wir davon Kenntnis genommen, daß die Polizei von diesem Feind allein die öffentliche Ordnung und Sicherheit bedroht sieht, während man sich für gewöhnlich so unsagbar stark und tapfer stellt. Nur das geeinigte Proletariat erweckt in diesen Gewalthabern eine gewisse Furcht! Aber vielleicht ist es nicht die Furcht allein, der wir das Redeverbot unserer österreichischen Genossen verdanken. Wir könnten uns denken, daß auch ein wenig Scham mitspricht, Scham davor, den Ausländer in die Fülle von Ungerechtigkeit und Muffigkeit hineingucken zu lassen, die Preußen gegenwärtig darbietet. Müssen wir uns doch schämen mit unserem Wahlrecht nicht nur vor den Oesterreichern, sondern auch vor Bayern, Württemberg und Baden, die heute bereits das Reichstagswahlrecht besitzen, ja vor Türken, Serben und Persern, in denen das Stimmrecht des Volkes nicht so gottserbärmlich ist als bei uns. Wenns lange dauert, müssen wir uns auch noch vor China genieren, und als einziger Trost in der Wahlkorruption bleiben uns nur noch die mecklenburgischen Ochsenköpfe. Mit denen nehmen wirs noch immer auf! In Preußen und Mecklenburg ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung in ihrer reinsten Blüte noch erhalten."

So etwa hatte Genosse Löbe gestern Mittag unter stürmischen Gelächter und brausendem Beifall von mehr als tausend preußischen Wählern die lächerlichen Konsequenzen und die beschämenden Resultate des Polizeiverbotes gegeißelt, als bald darauf durch einen

großartig gelungenen Gegenzug

unseres Jägerndorfer Genossen Hans Jokl die famose Begründung des Polizeiverbotes durch die Tat eine glänzende Abfuhr erhalten sollte. Dieser mit einem prächtigen Temperament ausgestattete „Bundesbruder" aus Oesterreich nahm sich ganz in der Stille vor, dem Herrn Polizeipräsidenten und allen, die seine ängstliche Meinung teilten, ad okulos zu demonstrieren, wie gänzlich unzutreffend seine Beurteilung der Arbeiterbewegung ist. Unser Freund stattete uns also einen Besuch in der „Volkswacht" ab, in deren Umgegend sich gestern Vormittag ganz zufälliger Weise der Herr Kriminalkommissar Geßwein und einige andere polizeiliche Kollegen aufhielten. Es bereitete ihm große Freude, den langjährigen verdienten Chef unserer politischen Polizei im blankgebürsteten Cylinder so früh auf den Beinen zu sehen — wir mußten dicht an Herrn Geßwein vorüber, der uns mit interessiertem Auge verfolgte. Um Genossen Jokl einen weiteren kleinen Einblick in die Fürsorge der preußischen Polizei zu gestatten, begleiteten wir ihn dann in den Remter des Rathauses, allwo etwa 10 Polizeikommissare und rund 100 blankgeputzte Schutzleute einen Morgengottesdienst abzuhalten schienen. Dann entschwand dieser Jokl unseren Blicken. Der Versammlungsleiter Schramm im „Bergkeller" war aber nicht wenig erstaunt, nach der kurzen Rede des Genossen Albert einen „Mann aus dem Volke" sich zum Wort melden zu sehen, der sich in Sachen des österreichischen Wahlrechtskampfes ganz merkwürdig gut orientiert erwies und dem preußischen Proletariat eine Reihe goldener Ratschläge auf den Weg gab. Wer aber hätte vermuten können, daß dieser muntere Redner, der den lebhaftesten Beifall fand, unser braver Jokl sei, der eben erst durch ganze Scharen von Polizeiern Spießruten gelaufen war? Der aber, nachdem er sich überzeugt, daß Preußens Sicherheit durch seine Rede wenigstens augenblicklich nicht bedroht erschien, schwang sich kühn in ein Automobil und sauste in den „Deutschen Kaiser" zu Pöpelwitz, allwo Genosse Löbe gerade die letzten Worte seiner Rede vollendete. Wieder meldete sich der Unbekannte zum Worte, wieder folgte die Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit seinen lehrreichen Sätzen, und wieder nahm ihn ein fürsorglicher Genosse ins Automobil auf, um ihm kurz vor dem Abschied noch einmal das frisch dekorierte Heim der Breslauer Arbeiter zu zeigen. Merkwürdiger Weise hatte auch die dortige Versammlung ihr Ende noch nicht erreicht und in ein paar kurzen kernigen Sätzen — bei weitem aber nicht so lange als in den beiden anderen Versammlungen — feuerte Genosse Jokl seine preußischen Kameraden zu zäher Ausdauer und fester Entschlossenheit im Wahlrechtskampfe an. Donnernder Beifall, wie ihn das Gewerkschaftshaus selten so enthusiastisch gesehen, begleitet diesen Rufer im Streit. Der Beifall schien auch einem der Polizeischreiber nicht ganz geheuer zu sein und er machte anerkennenswerte Versuche, sich den Redner einmal aus der Nähe anzusehen. Der aber hatte inzwischen schon seinem gedrückten Herzen Luft gemacht, er war fertig und — ward nicht mehr gesehen! Beruhigt, seine Reise nach Breslau nicht umsonst unternommen zu haben, traf er an verschwiegenem Orte wieder im Kreise der Genossen ein und wurde nach dieser frischen, verwegenen Jagd wieder in sein heimatliches Jägerndorf entlassen. Was sich derweilen zwischen den verschiedenen Schutzleuten, Wachtmeistern, Kommissaren und dem Herrn Polizeipräsidenten abgespielt hat — wir wissens nicht! Aber die öffentliche Ordnung und Sicherheit — sie steht ja noch auf dem alten Platze.

Breslau aber hat selten so gelacht als nach diesem gelungenen Streich.

* * *

Die in allen Versammlungen angenommene Resolution wiederholt den Inhalt der hier abgedruckten:

Die am 16. Januar 1910 im Gewerkschaftshause zu Breslau versammelten 1500 Männer und Frauen erklären:

„Die von der preußischen Regierung in den letzten Tagen des Vorjahres endlich veröffentlichte amtliche Statistik über das Ergebnis der Landtagswahlen des Jahres 1908 beweist von neuem, daß das Dreiklassenwahlrecht ein raffiniertes Mittel brutaler Klassenherrschaft ist. Die Aufrechterhaltung der Dreiklassenschmach ist eine schwere Beleidigung der preußischen Staatsbürger, zumal die Bevölkerung der deutschen Bundesstaaten südlich des Mains für die Wahl zu den Landtagen im Besitz des Reichstagswahlrechts ist.

Die Junker und die Bourgeoisie, die unter dem geltenden Wahlgesetz in Preußen die erste und zweite Klasse beherrschen, entscheiden über die Wahl der Abgeordneten. Die 82 Prozent der Wähler, die in der dritten Wählerklasse zusammengepfercht sind, werden um ihr Wahlrecht schmählich betrogen.

Das wahnwitzige indirekte Wahlsystem und der unter der öffentlichen Abstimmung besonders auf dem platten Lande geübte Terrorismus der herrschenden Klassen verekeln Millionen die Teilnahme an der Wahl und wirken wie ein Wahlrechtsraub.

Die schleunigste Beseitigung dieses schamlosen Wahlunrechts ist die dringendste Forderung der Gegenwart. Die Thronrede kündigt an, daß in einigen Wochen dem Landtage eine Wahlrechtsreformvorlage zugehen wird. Die Regierung hat es nicht gewagt, über die Grundzüge der kommenden Vorlage etwas zu sagen. Das heißt: die Regierung beabsichtigt keine gründliche Aenderung des geltenden Wahlsystems. Die Regierung will das preußische Volk in einigen Wochen mit einer Flickreform überrumpeln.

Die Versammelten werden jede auf die Interessen der herrschenden Klassen und der ihr verschwippten regierenden Bureaukratie zugeschnittene Scheinreform mit allen Mitteln bekämpfen. Die Versammelten fordern erneut die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, insbesondere die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen auf Grund der Verhältniswahl und geloben, alles daranzusetzen, um dieser Forderung zum Siege zu verhelfen.

Die Versammelten erwarten, daß die Parteileitung der preußischen Sozialdemokratie den reaktionären Plänen der Regierung mit allen Mitteln begegnet und für die Forderung des freien Wahlrechts einen Wahlrechtssturm entfesselt, der die verjunkerte Reaktion niederzwingt."

* * *

Im deutschen Kaiser.

Eine imposante Menge hatte sich hier zusammengefunden. Jeder Sitz- und Stehplatz „besetzt". Genosse Löbe geißelte, wie oben schon erwähnt, das Polizeiverbot, besprach die Thronrede, die amtliche Statistik, die angedeuteten Pläne der Regierung und die Stellung der Parteien, um zu schließen: Erst wenn das preußische Volk mit lauter Stimme den Ruf erhebt: „Es ist mein Wille, daß Preußen ein freies Wahlrecht erhält", werden wir dieses Wahlrecht erobern. Hierauf ergriff das Wort

Redakteur **Hans Jokl** aus Jägerndorf:

Aus eigener Anschauung, so führte er aus, habe ich den heldenmütigen Kampf unserer österreichischen Brüder um ein freies Wahlrecht mitgemacht. Nicht in wenigen Tagen, nicht in wenigen Monaten haben sie es errungen, sondern in einem jahrelangen, zäh und ausdauernd geführten, in seinen Mitteln sich ständig steigerndem Kampfe. Redner geht auf die einzelnen Phasen dieses Kampfes ausführlich ein und schildert, wie sich das Wiener Proletariat das Recht auf die Straße eroberte. Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie war gerade versammelt, als die lebendige Welle aus Rußland die Nachricht mitbrachte, daß man dem Zaren die Konstitution abgetrotzt hatte. Augenblicklich brach der Parteitag seine Tätigkeit ab, jetzt war die Zeit für die Massen gekommen, zu handeln. In drei Stunden standen 50.000 Wiener Arbeiter vor dem Parlament. (Donnernder Beifall.) Und sie gelobten, daß es nur eines Winkes der Parteileitung bedürfe, und alle Räder ständen still, und der Massenstreik legte sich lähmend über das Land. (Stürmischer Beifall.) Die Regierung hat es darauf nicht ankommen lassen. Sie gestand dem Volk zu, was sie nicht mehr verweigern konnte. „Die Oesterreicher" haben von „uns" manches gelernt, so schloß der Redner unter steigerndem Enthusiasmus der Versammlung, jetzt ist es Zeit, daß „wir" von ihnen lernen!

In gehobener Stimmung nahm die Versammlung nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden Meyer die Wahlrechtsresolution an.

Im Bergkeller

gab den zirka 1000 Erschienenen Genosse Albert in sarkastischer Rede den Ukas des Polizeipräsidenten bekannt. Stürmische nicht endenwollende Pfuirufe und laute Entrüstung wechselten während seiner etwa viertelstündigen Rede mit schallendem Gelächter ab, und namentlich war es der Hinweis auf die öffentliche Sicherheit die ein dröhnendes Gelächter auslöste. „Darüber kann man ernstlich nicht böse sein, darüber muß man lachen, ob man will oder nicht" rief ein alter Mann aus einer Ecke. Genosse Albert benützte die Gelegenheit, noch einmal mit aller Schärfe das Sündenregister der Breslauer Polizei aufzu-

rollen und die Polizei als Stütze des preußischen Junkertums verdienterwaßen zu illustrieren. Der Redner erinnerte an die Phasen der Gewaltpolitik, die in Preußen gegen uns geübt und zitierte das wieder aktuell gewordene Wort unseres Karl Marx: „Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch. Wenn die Reihe an uns kommt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes- und Rechtsgnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, versteckt, zweizüngig, in beiden Beziehungen ehrlos." Karl Marx am 18. Mai 1849. In kurzen Worten wies er zum Schluß auf die Energie der österreichischen Brüder hin, die nach dem Lassalleschen Rezept ihre ganze Kraft auf die Erringung des Wahlrechts konzentriert und ihren Sieg ihrer glänzenden Ausdauer und stetiger Kampfbereitschaft zu verdanken hätten. Eine große Erregung bemächtigte sich der Versammlung als Genosse Albert mitteilte, daß die ganze Stadt voller Polizisten, daß das Rathaus der Breslauer Steuerzahler mit königlichen Polizisten angefüllt sei. Das und die Degradierung der Arbeiter zu Menschen zweiter Klasse solle jeder als persönliche Beleidigung empfinden und zum Anlaß nehmen, nun erst recht durch unaufhörliche Agitation den herrschenden Klassen unangenehm zu werden. Und wenn schon der preußische Staat trotz all seiner Bajonette und Schießprügel ins Wackeln gerate, wenn zwei Ausländer in Breslau sprechen, dann solle man sich zum letzten, entscheidenden Anlauf rüsten, um ihn vollends zu stürzen, indem man die Junker und anderen Volksbetrüger zum Teufel jage.

Redakteur Hans Jokl aus Jägerndorf.

Mitten in dem nun folgenden stürmischen Beifall meldete sich in der hintersten Ecke des Saales ein Mann zum Wort, der in österreichischem Dialekt, in unverfälschtem Wienerisch eine ganz famose Rede über den Kampf der österreichischen Genossen hielt. Schon nach den ersten paar Sätzen seiner Rede reckt alles schmunzelnd und verständnisinnig lachend die Hälse, die Ueberwachenden stutzen, machen Miene, zu fragen, wer der verdächtige Redner sei, beruhigen sich aber alsbald, da den Gesichtern der Versammlungsleiter so ganz und gar nichts Verdächtiges abzulesen ist. „Ei verflucht, dös is jo der Jokl!" ruft ein aus Oesterreich gebürtiger Arbeiter halblaut vor sich hin und lacht und klatscht strahlend vor Freude in die Hände. Der Wiener aber spricht weiter. Immer wärmer wird er, wird mit ihm die Versammlung. In glühender Begeisterung schildert er, was unsere Partei drüben in den letzten 10 Jahren durchgemacht und ruft alle auf, es seinen Landsleuten an zähem Aushalten und zornerfüllter Opferfreudigkeit nachzutun. Wiederholt läßt ihn jubelnder Beifall und demonstratives Hohnlachen sekundenlang nicht weiter reden — die Ueberwachenden kommen vor lauter eifrigem Schreiben nicht dazu, nach dem Namen des neuen „Oderworters" zu fragen. Und als er, unter tosendem Beifall seine halbstündige Rede beendet, als die Beamten von ihren Notizen aufblickend nach dem Redner schauen wollten, war er spurlos verschwunden. Ein knatterndes „Töff töff" und eine Wolke von Benzin verriet den am Fenster Sitzenden, daß der Unbekannte tatsächlich der „verbotene" Jokl gewesen war, der bereits noch ehe er erkannt wurde, mit dem rasenden Auto nach Pöpelwitz fuhr, um auch dort als Doktor Ungenannt eine Diskussionsrede zu halten.....

Als dann noch Genosse Schramm einige Worte der Ermahnung an die Versammelten gerichtet und sie gebeten hatte, zur Stelle zu sein, wenn die Partei demnächst immer wieder aufs neue rufe, nahm Genosse Albert noch einmal zu einer halbstündigen Rede über die gegenwärtige Situation das Wort, in welcher er die für Preußen so blamable Wahlstatistik, die Thronrede und die zu erwartende Vorlage besprach und abwechselnd scharf und mit zynischem Hohn mit den Taten der Junker und Junkerregierung ins Gericht ging. Genosse Albert bezeichnete es als einen glücklichen Zufall, daß es uns versäumt gewesen sei, trotz der drolligen Anstrengungen der Polizei aus dem Munde eines Oesterreichers etwas über den Kampf unserer Brüder von drüben zu hören und feuerte die immer mehr schadenfroh aufjauchzenden Zuhörer auf, die Mahnungen des radikalsozialistischen Genossen zu befolgen, unausgesetzt eingedenk der schönen Worte unseres Ferdinand Freiligrath:

„Zu viel des Hohns, zu viel der Schmach
wird täglich euch geboten;
Euch muß der Grimm geblieben sein — o, glaubt es uns, den Toten!
Er blieb euch! Ja, und er erwacht, er wird und muß erwachen!
Die halbe Revolution zur ganzen wird er machen!...
Die Adler fliehn, die Löwen fliehn, die Klauen und die Zähne!
Und seine Zukunft bildet selbst das Volk, das souveräne."

Noch ein paar kräftige Schlußworte des Genossen Schramm, dann erhebt sich ein Wald von Händen für die Resolution und mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf die sich wie ins Wolkenhorn jagen lassende und allen Polizeiverboten zum Trotz erstarkende Sozialdemokratie wird die prächtig gelungene Versammlung um 12½ Uhr geschlossen. Draußen aber setzte sich das beseelende Wachen fort und gar mancher Straßenpasant wurde fröhlich mit der Frage empfangen: „Weißt du schon?...." Ein Teil der Besucher fuhr noch ins Gewerkschaftshaus, gerade noch rechtzeitig genug, um zu sehen, wie auch dem der geheimnisvolle Versammlungsredner der gefoppten Polizei sein letztes Schnippchen schlug.

Im Gewerkschaftshause,

das bis auf den letzten Platz gefüllt war, referierte Genosse Kaysler-Berlin aus Berlin. Auch die preußische Regierung wird erleben, so führte er u. a. aus, daß kein Fels stark genug ist, um auf die Dauer den nagenden Kräften Stand zu halten. Ein großes Meer von Tinte ist aufgeboten worden, um eine Statistik zu schaffen; man versucht, mit kleinlichen Verbiegungsmitteln die große aufschäumende Strömung niederzuhalten und wird auch mit einem kleinen Hilfsmittelchen kommen, denen man dann den schönen Namen Wahlrechtsreform verleihen wird. Irgend etwas ist geplant. Die Vorbereitungen der Regierungen sind allerdings immer noch nicht zu Ende. (Heiterkeit.) Wird der Reichskanzler auch eine Rede vorbereiten und erklären lassen, daß er etwas zu sagen hat. Freilich wird man dann auch hören, daß so ziemlich alles beim alten bleiben soll. (Heiterkeit.) Es soll sogar in Frage stehen, mit dem Dreiklassenwahlrecht, das aufrecht erhalten bleiben soll, das Nebenstimmrecht zu verbinden. Heut ist schon das Eine sicher, daß bei der Regierung und den ihr nahestehenden Parteien nicht die Absicht besteht, ein Wahlrecht zu schaffen, das dem Willen des Volkes wirklich Ausdruck gibt, sondern das Dreiklassenwahlrecht soll mit einigen Schönheitsflächen belegt werden.

Uns preußischen Sozialdemokraten bleibt demnach eine wichtige Aufgabe. Wir haben die Bewegung für ein freies Wahlrecht einzuleiten und dabei Entschlossenheit zu zeigen. Es ist daher ernsthaft vorzugehen. Die Zeit der bloßen Versammlungsberichte geht zu Ende. Wir werden zeigen, daß es Kräfte im Volksleben gibt, über die man nicht Herr werden wird. Redner gibt nun einen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung und das Dreiklassenwahlrecht in Preußen, um dann dieses selbst in seiner ganzen Bornirtheit zu schildern. Was die Oesterreicher gelernt haben, das lernen wir auch. (Sehr richtig!) Wir haben eine Organisation, wirtschaftlich und politisch, wie sie in der ganzen Welt nicht besser zu finden ist. Wir werden zeigen, daß uns Entschlossenheit und Mut auch nicht fehlen. Die Strafen, die uns den Arbeitern gebeut wurden, stehen den Massen schon zu Gebote, mit der patriotischen Heuchelei. (Sehr richtig!) Die Massen werden sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß man ihnen Schimpfen gebieten wird; sie werden, wenn nötig, ihre schaffende Arbeit einstellen, damit die Brotbäcker deschen lernen, was sie ohne die Arbeiter sind. Ueberall gärt und brodelt es. Die Zeit ist gekommen, wo wir der Nächstbeste werden, es ist die elfte Stunde, es könnte zu früh werden, warten nicht mehr lange. Das Volk will nicht länger bitten, es fordert. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf ergriff das Wort

Redakteur Hans Jokl aus Jägerndorf:

Es habe ihm große Freude gemacht, zu hören, daß heute die Genossen Renner und Jokl aus seiner Heimat das Wort ergreifen sollten und er müsse seiner Entrüstung Ausdruck geben über das Verbot der Polizei. Aber er (Redner) sei mit den Dingen drüben auch einigermaßen vertraut und er könne nur sagen, daß an einem Wahlrechtskampf, wie ihn die Oesterreicher geführt, jeder preußische Arbeiter sich ein Beispiel nehmen könnte. In kurzen, markanten Worten schilderte Redner diesen Kampf in Oesterreich unter dem stürmischen Beifall der Versammlung.

Nach Annahme der Resolution schloß Genosse Neukirch die glänzend verlaufene Versammlung, die später noch ein Hoch auf den österreichischen Genossen Jokl ausbrachte.

* * *

Die Demonstrationen in Preußen.

Es war für diese Einleitung des Wahlrechtskampfes die Parole ausgegeben worden, es zu keinen Straßendemonstrationen kommen zu lassen. In glänzender Weise wurde Disziplin gehalten und diese Weisung befolgt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind nur in Forst die Versammlungsbesucher vor das Rathaus gezogen, und aus Bielefeld berichtet man von einem 2500 Mann starken Demonstrationszug. Die Polizei war solcher Disziplin offenbar nicht gewärtig, sie hatte allerorts umfassende Maßregeln getroffen. Der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. untersagte sogar von vornherein die Wahlrechtsversammlung im Tivoligarten. Ursprünglich war die Versammlung nicht als eine solche unter freiem Himmel angesehen worden, weil sie in einem ungefähr 100.000 Personen fassenden Tiergarten stattfinden sollte. Nachträglich scheinen dem Polizeipräsidenten aber doch Bedenken gekommen zu sein, oder er ist von irgend einer Seite scharf gemacht worden, denn Sonnabend Mittag um 12½ Uhr wurde dem Einberufer folgende Verfügung im schönsten Polizeideutsch eingehändigt:

„In der am 16. d. M., Vormittags 12 Uhr, im Tivoligarten unter freiem Himmel beabsichtigten sozialdemokratischen öffentlichen Versammlung wird hiermit die Genehmigung versagt, da nach dem Inhalt der öffentlichen Aufforderung zu dieser Versammlung aus der Abhaltung der letzten Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist."

Als Genosse Wittig daraufhin persönlich auf dem Polizeipräsidium vorsprach, wurde ihm ausdrücklich bemerkt, daß evtl. mit Gewalt die Abhaltung einer Versammlung im Tivoligarten verhindert werden würde. Als Grund für das Verbot wurde folgende Stelle des Plakats angegeben:

„Wenn die Wahlrechtsfrage nicht nach dem Volkswillen gelöst wird, bleiben wir fernerhin in der Knechtschaft der Junker und Pfaffen. Diese Knechtschaft abzuschütteln, erfordert die Aufwendung aller Kräfte Wahlrechtsfreunde! Heraus aus den Wohnungen und demonstriert gegen die Verschleppung der Wahlrechtsreform!"

Diese Stelle im Plakat wurde als aufreizend bezeichnet, als Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, und dem verantwortlichen Genossen Wittig wurde angedroht, daß er ein gerichtliches Verfahren wegen dieses Plakates zu erwarten habe.

Am Sonntag selbst war die Polizei überall in Massen aufgeboten; von überall wird berichtet, daß sie sich offenbar auf große Dinge gefaßt machte. In Frankfurt a. M. rückte sie mit Schuppenketten unter dem Kinn aus, in Hannover waren alle Einzelposten eingezogen, in Berlin waren an allen Enden die bekannten fliegenden Wachen untergebracht. Zu tun gab es nirgends; in Berlin brauchten die Polizisten, die in einer solchen Wache eifrig Skat droschen, diese geistige Beschäftigung nicht zu unterbrechen. Nur in Halle wurde den Polizisten die Untätigkeit offenbar langweilig, sie belästigten harmlose Spaziergänger und nahmen auch einige Verhaftungen vor.

Aber auch das Militär war hier und da in Bereitschaft. Solches wird uns berichtet aus Magdeburg und Frankfurt a. M., sowie aus Erfurt. Unser Erfurter Berichterstatter meldet: Die 9. Kompagnie des 71. Regiments war mit scharfen Patronen ausgerüstet, zwei Bataillone waren um ¾3 Uhr marschbereit angetreten, ebenso das 17. Artillerie-Regiment, eine Batterie war schußbereit. Außerdem waren in den Spritzenhäusern berittene Schutzleute.

Im einzelnen ist über die Versammlungen zu berichten:

In Berlin fanden 26, in den Vororten 39, zusammen in Groß-Berlin 65 Versammlungen statt. Sie waren durchgängig überfüllt. In einzelnen Lokalen mußten Nebenversammlungen arrangiert werden, weil die mächtigen Säle die Massen nicht zu fassen vermochten. Nach einer flüchtigen Schätzung werden in Berlin über 70.000 Menschen in den Versammlungen gewesen sein, wovon auf die Stadt Berlin allein zirka 50.000 Menschen entfallen. Die Versammlungen in Berlin waren nicht polizeilich überwacht. Es herrschte eine ungeheure Begeisterung; die Resolution wurde überall einstimmig angenommen, und mit wenigen Ausnahmen sah man auch von einer Diskussion ab. Die Polizei verhielt sich auch auf der Straße, obwohl natürlich in der Nähe der Versammlungen größere Mengen Schutzleute zusammengezogen waren, zurückhaltend. Es wird uns berichtet, daß auch die Spitzel in großer Zahl sich unter die Versammlungsbesucher zu mischen versuchten. Nach den Versammlungen gingen die Massen ruhig auseinander.

Bemerkenswert ist lediglich noch eine kurze Diskussion in den Nordwest-Prachtsälen. In der Diskussion wurde von einem Redner die Initiative der preußischen Landeskommission, die mit diesen Versammlungen den Wahlrechtskampf beginnen will, als zu schwacher Angriff bezeichnet und bedauert, daß man nicht von dem wirksameren Protestmittel der Straßendemonstration Gebrauch gemacht habe. Im Schlußwort bemerkte der Referent, Parteisekretär Hermann Müller, daß die Parteileitung keineswegs auf die Straßendemonstration verzichtet habe. Diese sollte aber nicht zur alltäglichen Erscheinung werden. Sie wirke am besten, wenn sie dann zur Anwendung komme, wenn die Wahlrechtsbewegung, von der Begeisterung des Volkes getragen, ihrem Höhepunkt nahe sei. Der proletarische Wahlrechtskampf befindet sich noch im ersten Stadium, und Aufgabe der Versammelten sei es, alle diejenigen, die sich heute noch außerhalb der Versammlungen befinden, als Wahlrechtskämpfer zu gewinnen. Darauf wurde die vorgeschlagene Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen.

In den Vororten verliefen die Versammlungen ähnlich wie in Berlin, waren durchgängig auch sehr stark besucht, die Polizei war nicht minder stark vertreten, überwachte hier auch teilweise die Versammlungen, aber fand nirgends etwas zu tun.

Provinz Brandenburg.

Es wird uns über folgende Versammlungen berichtet:

Rathenow. Besuch 900 Personen, Resolution einstimmig angenommen.

Brandenburg. Zwei überfüllte Versammlungen, 2000 Besucher.

Fürstenwalde. Versammlung von 1600 Personen besucht.

Eberswalde. Besuch 250 Personen.

Kottbus. Versammlung war von 1000 Personen besucht.

In Spremberg waren 400, in Slamen bei Spremberg 200 Personen versammelt.

In Guben demonstrierten Nachmittags 2 Uhr trotz strömenden Regens 600 Personen.

Forst. Versammlung war von 1000 Personen besucht. Nach der Versammlung zogen die Versammlungsbesucher vor das Rathaus, zu weiteren Zwischenfällen kam es nicht.

Küstrin. 200 Versammlungsbesucher.

In Landsberg 800 und in Angermünde zirka 100 Versammlungsbesucher.

In all den Versammlungen wurde die Resolution einstimmig und ohne Diskussion angenommen. Die Polizei verhielt sich meist sehr zurückhaltend.

Im übrigen Preußen.

In Königsberg fanden 3 Versammlungen statt, davon eine unter freiem Himmel. Die Versammlungen waren von 6000 Personen besucht.

Weiter fanden in Memel, Tilsit und Gumbinnen stark besuchte Versammlungen statt. Die Polizei verhielt sich passiv.

In Flatow, Westpreußen, demonstrierte die Arbeiterschaft ebenfalls. Die Versammlung, die 87 Teilnehmer zählte, nahm die Resolution einstimmig an.

In Görlitz und den niederschlesischen Wahlkreisen wurden 14 Volksversammlungen abgehalten, die trotz strömenden Regens sehr gut besucht waren. Es mögen rund 10.000 Personen anwesend gewesen sein. Resolution wurde einstimmig angenommen.

Die Arbeiterschaft des 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises nahm in 10 gut besuchten Versammlungen zur Wahlreform Stellung. In Kiel allein fanden 3 Versammlungen statt, die von rund 6000 Personen besucht waren. Ein großes Aufgebot von Schutzleuten war in der Nähe der Versammlungslokale postiert. Die Polizei fand keine Gelegenheit zur Arbeit.

In Altona-Ottensen und in den Landorten des 6., 8. und 10 Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten. Ueberall fand die Resolution einstimmige Annahme.

In Harburg war die Versammlung von zirka 1000 Personen besucht. Die Demonstration verlief ruhig.

Hannover. Hier fanden 7 überfüllte Versammlungen statt. Es mögen 10—12.000 Teilnehmer gewesen sein. Die Polizei hatte stark gerüstet. Alle Stehposten waren eingezogen. Der Polizeipräsident erließ in den bürgerlichen Blättern eine Warnung vor Straßendemonstrationen, da der preußische Parteitag beschlossen habe, diese Demonstrationen nicht auszuschließen. Die Resolution wurde überall einstimmig angenommen.

In dem Regierungsbezirk Magdeburg fanden 26 Wahlrechtsversammlungen statt. In Halberstadt kam es zu einer Straßendemonstration, an der etwa 2000 Personen teilnahmen. Die Polizei, die sich von den Halberstädter Kürassieren Pferde geborgt hatte, ritt in die Straßendemonstranten hinein, verletzt wurde jedoch niemand.

Halle. Die Versammlungen waren abgesperrt. Es werden 5000 Besucher gewesen sein. Die Polizei ist in unerhörter Weise gegen Spaziergänger vorgegangen und hat mehrere Verhaftungen vorgenommen. Im Agitationsbezirk Halle fanden 68 Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht waren.

Die Versammlungen in Erfurt, Schleusingen und Ziegenrück waren alle sehr stark besucht, desgleichen die in Heldersbach, Ilversgehofen und Sohl. In Erfurt sprach Genosse Heinrich Schulz aus Berlin vor 1600 Zuhörern. Einige Hundert mußten umkehren.

Im Wahlkreise Nordhausen fanden 5 Versammlungen statt. Ferner werden Versammlungen gemeldet aus Herford, Minden und Rehme. In Bochum war ebenso wie in Gelsenkirchen die Versammlung von zirka 1000 Personen besucht. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Köln. Die Hauptversammlung fand im Volkshaus statt und war sehr stark besucht. Die Polizei hielt in 2 benachbarten Volksschulen große Trupps in Bereitschaft, blieb aber arbeitslos. Die Versammlungen in Ehrenfeld, Kalk, Bingst, Nippes, Deutz, Brühl, Mülheim usw. waren massenhaft besucht. Die Resolution fand begeisterte Aufnahme.

Frankfurt a. M. An Stelle der verbotenen Versammlung im Tivoligarten fanden 8 Versammlungen statt, die ohne Störung verliefen. Ein ungeheures Schutzmannsaufgebot mit den Schuppenketten unterm Kinn fand keine Arbeit. Im Kreise Hanau fanden 25, im Kreise Höchst sechs stark besuchte Versammlungen statt.

* * *

Die Demonstrationen in Schlesien.

Brieg. Zwei große Volks-Versammlungen, von denen eine Vormittags, die andere Nachmittags stattfand, nahmen nach den Referaten des Genossen Scholich und Zimmer-Breslau die Resolution der Leitung der preußischen Sozialdemokratie einstimmig an. Beide Referenten ernteten lebhaften Beifall.

Strehlen. Hier fand am Sonntag eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genosse Scholich-Breslau über die Wahlreform zum preußischen Landtage unter lebhaftem Beifall sprach. Eine Resolution, die das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht fordert, fand einstimmige Annahme.

Steingau. Von 10 Uhr ab eilten trotz strömenden Regen die Genossen und Genossinnen nach dem Versammlungslokal, das kurz nach 11 Uhr bis auf den letzten Platz besetzt war, gegen 700 Personen hatten sich eingefunden. Genosse Schütz-Breslau geißelte in scharfen Worten das Dreiklassenwahlunrecht und erntete am Schluß seiner Ausführungen reichen Beifall. Nach Annahme einer Resolution trug der Arbeitergesangverein recht stimmungsvoll die Internationale vor. Der Vorsitzende, Genosse Langer, schloß hierauf mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht die imposante Versammlung. Straßendemonstrationen fanden nicht statt. Das Gendarmerieaufgebot bekam nichts zu tun. Daß man die Gendarmerie aus dem Kreise zusammenziehen würde, war vorauszusehen, denn unser Bürgermeister heißt „Preuß" und der Landrat „Freiherr von Richthofen", das erklärt alles.

Januar. [illegible] Adler um 8 Uhr vollständig besetzt, sodaß die später Kommenden mit einem Stehplatz fürlieb nehmen mußten. Gegen 850 Männer und Frauen hatten sich eingefunden und lauschten den Ausführungen des Genossen Oskar Schütz, dessen Vortrag des öfteren von Beifall und auch Pfuirufen unterbrochen wurde. Die Versammelten stimmten am Schluß in ein brausendes Hoch auf ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht ein.

Königshütte. Unser Gewerkschaftslokal war überfüllt. Das Referat des Genossen Darf-Breslau fand stürmischen Beifall. Die Wahlrechtsresolution wurde einstimmig angenommen.

Kattowitz. Unsere Wahlrechtsversammlung war gut besucht. Das Referat des Genossen Hörsing-Beuthen wurde mit großem Beifall entgegen genommen. Der Wahlrechtsresolution stimmten alle Anwesenden begeistert zu.

Zabrze. Unsere Wahlrechts-Versammlung war den Umständen nach gut besucht. Etwa 350 Personen nahmen daran teil. Das Referat des Genossen Darf-Breslau fand lebhaften Beifall. Die Wahrechts-Resolution fand einstimmige Annahme.

Zaborze. In unserer Wahlrechts-Versammlung sprach Genosse Anderisch-Kattowitz über die preußischen Junker und den Kampf um ein freies Preußen-Wahlrecht. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Posen. Vor einer Kopf an Kopf gedrängten Menge, die den Saal und die Nebenräume des Etablissements „Schweizertal" bis auf den letzten Platz füllte, sprach Genosse Schulz über das Thema: „Soll das Versprechen des Königs eingelöst werden?" In einer vorzüglich aufgebauten, mit beißendem Hohn gewürzten Rede, behandelte der Redner die niederträchtige Schmach des gegenwärtigen Landtagswahlrechts. Der Redner verschonte auch nicht die Erwählten des polnischen Volkes, und die stürmischen Entrüstungsrufe, die die Versammlung durchbrausten, als Gen. Schulz das volksverräterische Verhalten der polnischen Abgeordneten bei der letzten Finanzreform und bei den sonstigen Abstimmungen beleuchtete, zeugen dafür, daß allmählich auch das polnische Volk einzusehen beginnt, daß es von seinen Abgeordneten nur verraten wird. Die überfüllte Versammlung nahm einstimmig die vorgeschlagene Resolution an und ging nach einem brausenden Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie und unter dem Gesange der „Marseillaise" auseinander. Ein zahlreiches Polizeiaufgebot war in der Umgegend des Versammlungslokals postiert, bekam jedoch nichts zu tun.

Hohensalza. Eine Volks-Versammlung tagte am Sonntag im Lokale des Herrn Wenzel. G. Sremski-Posen referierte über das Thema: „Der Kampf um das freie Wahlrecht in Preußen". Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Rawitsch. In einer leidlich gut besuchten Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach am Sonntag Nachmittag Genosse Wolff-Breslau über die angekündigte Wahlreform zum preußischen Landtage unter lebhaftem Beifall. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und der Mahnung, den Fusel zu meiden, fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Schneidemühl, 16. Januar. Die Wahlrechtsversammlung war von 80 Personen besucht und verlief in bester Weise. Leider steht uns kein größeres Lokal zur Verfügung. 10 Mitglieder wurden für die Partei gewonnen.

Politische Uebersicht.

Dreiklassenhäusliche Geistesöde. Der sonnabendliche Beginn der Etatsberatung im Dreiklassenhause zeugte wieder einmal von dem tiefen Tiefstand dieses Geldsack-Parlamentes. Wieder bewährte sich Posadowskys Wort von dem ersichtlichen Einfluß, den die Verschiedenheit des Wahlrechts auf die Parteien ausübt. Die Konservativen sind im Landtage noch unverschämter, die Nationalliberalen noch kapitalistischer, das Zentrum noch frömmelnder und die Freisinnigen noch zaghafter als im Reichstage, und selbst bei den Polen ist das Schlachtschitzentum im Dreiklassenhause noch markierter als im Reichstage.

Nach ausdrücklichem Beschluß wurden die skandalösen Vorgänge in Kattowitz und im Ruhrrevier aus der Etatsdebatte ausgeschieden, weil sie bei Besprechung der betreffenden Interpellationen behandelt werden sollen. Aber auch die Wahlrechtsfrage wurde, so unglaublich es klingt, am Sonnabend tatsächlich beinahe ausgeschieden. Nur der konservative Wortführer, der durch seine stallduftenden Zurufe bekannte Kammerherr v. Pappenheim, streifte sie kurz, natürlich in dem Sinne, daß die Junkerpartei allem, was auch nur von weitem nach dem Schatten einer Reform aussieht, ablehnend gegenübersteht. Dagegen hielt es der Nationalliberale Dr. Friedberg, den vertrauensselige Optimisten sogar für einen Linksnationalliberalen halten, für wichtiger, den Großblock abzuschwören und über die verkannten guten Absichten der Nationalliberalen bei der Reichsfinanzreform zu stöhnen, als auf die Kern- und Zentralfrage des preußischen öffentlichen Lebens einzugehen. Auch Herr Herold vom Zentrum überging die Wahlrechtsfrage mit vielsagendem Stillschweigen, um sich dafür um so nachhaltiger über den hingemordeten Ferrer auszuschimpfen und über die Gründe des Ausscheidens des hervorragenden Sachsen Lehmann-Jena aus der nationalliberalen Fraktion tiefsinnige Betrachtungen anzustellen. Nebenbei zeterte er noch ein wenig über den badischen Großblock und nahm für das Zentrum ein bedeutendes Stück Anteil am Zustandekommen der Hottentottenblockmehrheit von 1907 in Anspruch. Lau und schwach war auch die Rede des Polen v. Jarzewski und völlig belanglos die Ministerreden. Rheinbaben entschuldigte sich beim Schnapsblock, daß er die schnapsblöckische Steuerfrucht nicht warm genug verteidigt habe, und der Minister v. Moltke bekannte sich ziemlich unverblümt zur Fortdauer des konservativen Parteiregiments, dessen Brutalität sogar dem sanften Friedberg einige Entrüstungstöne abgelockt hatte.

Am Montag wird der Vertreter des Proletariats Bewegung in die trüben Gewässer dieser parlamentarischen Lache bringen.

Preußische Anträge. Die Sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hat zum Etat des Ministeriums des Innern eine Reihe von Anträgen eingebracht. Der eine bezieht sich auf die Aufhebung der politischen Geheimpolizei, ein anderer fordert, daß die Regierung dem Treiben der Beamten oder Agenten der politischen Polizei außerdeutscher Staaten ein Ende macht, ein dritter Antrag verlangt die Aufhebung des Vagabundengesetzes, betreffend die Ausweisung von Inländern, und ein vierter die Aufhebung der §§ 9 und 10 des preußischen Preßgesetzes (Plakatgesetz).

Da es unserer Fraktion an der nötigen Zahl von Unterschriften fehlt, die zur Einbringung selbständiger Anträge nötig ist, muß sie sich mit Anträgen zum Etat begnügen.

Eine Waisenaussteuer für die fortfallende Witwenrente. Ueber die geplante Gewährung einer Waisenaussteuer im Rahmen der Reichsversicherungsordnung schreibt man dem „N. P. T.": Wenn beide Ehegatten Versicherungsbeiträge entrichtet hatten und die Witwe wegen des auf ihrer eigenen Beitragsleistung beruhenden Invalidenrentenanspruchs einen Anspruch auf Witwenrente nicht erheben kann, so soll hierfür außer dem Witwengeld auch eine Zahlung an die Waisen geleistet werden. Abgesehen von dem Zeitpunkt unmittelbar nach dem Tode des Ehemannes, der für die Gewährung des Witwengeldes entscheidend ist, entstehen für die Hinterbliebenen auch bei der Schulentlassung der Waisen und ihrem Eintritt in eine Berufstätigkeit erhebliche bare Auslagen. Da nun zu diesem Zeitpunkt auch regelmäßig der Bezug der Waisenrente endigt, so ist in Aussicht genommen, den Hinterbliebenen zur Deckung dieser Unkosten als weiteren Ersatz für die fortfallende Witwenrente eine einmalige Zuwendung als Waisenaussteuer zur Verfügung zu stellen. Für ihre Zubilligung wird ebenso wie beim Witwengeld das Versicherungsverhältnis der Mutter beim Tode des Ehemannes maßgebend sein. Entweder muß die zu diesem Zeitpunkt noch erwerbsfähige Ehefrau durch ihre Beitragsleistung die Wartezeit für die reichsgesetzliche Invalidenrente erfüllt und ihre Anwartschaft auf dieselbe aufrecht erhalten haben, oder die Ehefrau, die zu diesem Zeitpunkt schon Invalide ist, muß den Anspruch auf eine Invalidenrente erworben haben. Wenn aber die Witwe erst nach dem Tode des Ehemannes, aber vor Ablauf des fürsorgebedürftigen Alters der Waisen die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt hat, weil sie beim Tode des Mannes die erforderliche Zahl von Beiträgen noch nicht entrichtet, oder die Beitragsleistung erst nach diesem Zeitpunkt begonnen hat, so soll den Waisen auch in diesen Fällen die Waisenaussteuer gewährt werden.

Demonstration mit Bürgerlichen. Der Vorstand der demokratischen Partei beschloß, der Einladung der Sozialdemokratie Folge zu leisten und sich an den für den 30. Januar vorgesehenen Wahlrechtsdemonstrationen zu beteiligen. Die übrigen Parteien haben noch keine Entscheidung getroffen.

„Fortschrittspartei". Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei beschloß, „Fortschrittspartei" als Name der geeinigten Partei zu empfehlen.

Die liberale Einigung in Thüringen hat zu einem Wahlkartell geführt, das in der Aufstellung der Kandidaten zur nächsten Reichstagswahl zur Ausführung kommen soll. Die beiden liberalen Gruppen respektieren zunächst den Besitzstand ihrer Reichstagsmandate im Herzogtum Meiningen, sowie in den Fürstentümern Schwarzburg und Reuß. Den Wahlkreis Weimar-Apolda, den zurzeit der Antisemit Graef vertritt, haben die Nationalliberalen den Freisinnigen überlassen, wofür diese auf eine eigene Kandidatur in Eisenach-Dermbach zugunsten der Nationalliberalen verzichten müssen. Ueber den Wahlkreis Jena-Neustadt ist eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen. Die Freisinnigen beanspruchen die Kandidatur für sich, dafür soll Koburg den Nationalliberalen überlassen werden. Die Verteilung der Kandidaturen soll mit Rücksicht auf den Ruck nach links erfolgt sein.

Von dem Ruck nach links ist in Thüringen allerdings sehr wenig zu merken. Gerade der jetzt im Eisenacher Kreise stattfindende Wahlkampf zeigt, daß die Nationalliberalen und in ihrer Gefolgschaft der Freisinn, recht auffällig nach rechts abgeschwenkt sind.

Kommunale Jugend-Fürsorge. Die Stadtverordneten-Versammlung zu Magdeburg beschloß Donnerstag, den 13. Januar, auf Vorschlag des Magistrats die Errichtung eines städtischen Jugend-Fürsorge-Amtes. Das Amt soll einmal die Bestrebungen der rund sechzig Jugend-Fürsorge-Vereine in Magdeburg in einheitliche Bahnen lenken, dann aber die gesetzlichen Aufgaben des Gemeinde-Waisenrates, die Berufsvormundschaft, die noch zu erweiternde Säuglingsfürsorge, das gesamte Fürsorgeerziehungswesen, die Arbeiten zur Unterstützung des Jugendgerichtes, sowie die Sorge für die Jugend — auch die schulentlassene — überhaupt nehmen, soweit nicht schon die vorerwähnten Einrichtungen sie umfassen. Das Amt ist als selbständige Abteilung innerhalb der Armendirektion gedacht.

Zum Leiter wurde — mit einem Anfangsgehalt von 5000 Mk. — der Volksschullehrer Busch gewählt, der bisher schon privatim auf diesem Gebiete eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat, und ganz besonders geeignet sein soll.

Zum Fall Haß. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bringt in ihrer Ausgabe vom Sonnabend Abend einen nahezu drei Spalten langen Artikel, der das Auswärtige Amt rechtfertigen soll gegenüber den Angriffen, die in der „Täglichen Rundschau" dahin erhoben wurden, daß das Auswärtige Amt den deutschen Staatsangehörigen Haß bei der Verfolgung seiner Rechte in Venezuela nicht nur nicht unterstützt, sondern dessen Sache auch noch verschleppt habe. Haß wurde dann auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes in eine Irrenanstalt gebracht. In dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" werden nun Briefstellen aus der Korrespondenz des Haß angeführt, um zu beweisen, daß der Mann an Querulantenwahn leide. Außerdem wird durch Angaben von Taten nachzuweisen versucht, daß dem Auswärtigen Amt keinerlei Verschleppung der Sache vorzuwerfen sei.

Die „Tägliche Rundschau" bemerkt hierzu, daß sie diese offiziöse Darstellung sofort auf Grund der Akten sorgfältigst prüfen und dann ihre Antwort geben werde. Außerdem wird mitgeteilt, daß der juristische Vertreter des Haß, Rechtsanwalt Brebreck, eine Broschüre über die ganze Materie ausarbeite.

Die erste Wagenklasse dürfte, wie die „Frankfurter Zeitung" aus Berlin erfährt, in einiger Zeit in den Personenzügen fast aller Strecken vollständig aufgehoben werden. Zurzeit finden wieder Zählungen der Fahrgäste der ersten Wagenklasse auf der Main—Weser- und der Main-Neckar-Bahn statt. Aus vielen Personenzügen ist die erste Wagenklasse bereits verschwunden.

Schmerz, laß nach! Zu den größten Vorwürfen, den unsere Prozentpatrioten dem braven Schoen machen, gehört bekanntlich, daß er sich Visitenkarten mit der französischen Aufschrift: le baron de Schoen habe drucken lassen. Jetzt macht nun eine Korrespondenz darauf aufmerksam, daß sich in Bismarcks Briefen an seine Braut und Gattin auf Seite 519 folgende Stelle findet:

> Schick mir mit nächstem Feldjäger französische Visitenkarten, auf denen steht président du conseil et min. des a. etr. de Sa M. le Roi de Prusse; wenn keine Karten, so ist die Platte jedenfalls im Sekretär in meinem Kabinett vorhanden, dann schicke die Platte.

Bismarck französische Visitenkarten! Und von diesem Menschen haben wir uns das Reich gründen lassen! werden jetzt unsere Patentpatrioten jammern.

Verbot des Tragens von Schußwaffen. Auf Veranlassung des Ministers des Innern soll das Tragen von Schußwaffen ohne polizeiliche Erlaubnis für den Landespolizeibezirk Berlin verboten werden.

Aus dem Wahlkreise Mülheim-Wipperfürth. Die „Staatsbürgerzeitung" erklärt, daß die Meldung, der gemeinsame Reichstagskandidat der christlich-sozialen Partei und des Bundes der Landwirte für Mülheim-Wipperfürth, Pfarrer Hömann, habe eine Erklärung erlassen, daß er ohne sein Wissen als Kandidat aufgestellt worden sei, ein von den Liberalen aufgebrachter Schwindel sei. Pfarrer Hömann stehe der Notiz durchaus fern und habe keinerlei Erklärung in dem Sinne der liberalen Verdunkelungsnotiz abgegeben.

Ausland

Die Wahlen in England.

London, 15. Januar. (11 Uhr 30 Min. Abends.) Bis 11 Uhr 30 Minuten waren folgende Resultate bekannt: 32 Unionisten, 18 Liberale, 6 Mitglieder der Arbeiterpartei, 5 Nationalisten. Die Unionisten gewinnen 9 Sitze, die Liberalen drei. In Manchester und Stafford sind die bisherigen Kandidaten wiedergewählt, mit Ausnahme eines Sitzes in Manchester.

London, 16. Januar. Die Resultate des gestrigen ersten Wahltages sind folgende: Gewählt sind: 48 Unionisten (Konservative), 37 Liberale, 6 Mitglieder der Arbeiterpartei und 5 Nationalisten. Zusammen also 91 Sitze.

London, 16. Januar. Die Unionisten gewinnen 18, die Liberalen 3 Sitze. In London gewinnen die Unionisten 8 Mandate. Die Liberalen, welche gewählt worden sind, sind es mit geringerer Mehrheit als bei den vorigen Wahlen. In dem Stadtviertel Marylebone kam es zwischen beiden Kandidaten zu Tätlichkeiten wegen verschiedener Wahlkundgebungen, welche sie veröffentlicht hatten. Zu dem Zwischenfall in Grimsby, wo Lord George von der Menge verhöhnt und als Burenfreund beschimpft worden war, wird noch gemeldet: Der Minister mußte durch eine Hintertür den Saal unter polizeilichem Schutz verlassen. Er wurde schließlich durch mehrere hinter dem Gebäude belegene Gärten nach dem Bahnhofe gebracht, wo er im Wachlokal der Feuerwehr Zuflucht nehmen mußte.

London, 16. Januar. (6 Uhr Abends.) Die Wahlbeteiligung an dem gestrigen ersten Wahltage, sowohl in London, als auch in Manchester und Birmingham ist eine äußerst lebhafte gewesen und die Zahl der abgegebenen Stimmen wird die der letzten Wahlen um ein bedeutendes übersteigen. Die Panzerschiffe und Kreuzer des atlantischen Geschwaders sind gestern nach der Themsemündung abgedampft, wo sie vor Anker gegangen sind, um die Matrosen an Bord zu nehmen und sie nach Manchester und Rochester sowie nach Chatam zu bringen, und um ihnen zu gestatten, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die heutigen Wahlgänge betreffen neun Londoner Bezirke mit 12 Abgeordneten und 39 Provinzbezirke mit 62 Abgeordneten. Die Gesamtzahl der heute zu besetzenden Sitze beträgt somit 74. Außer den 12 Abgeordneten in London sind 7 in Birmingham und 6 in Manchester zu wählen. Augenblicklich haben die 74 erwähnten Sitze 48 Liberale, 9 Arbeiterpartei und 17 Konservative inne.

London, 16. Januar. Das unionistische Blatt „Standard" hatte für die Unionisten einen Gewinn von zehn Sitzen auf Kosten der Liberalen in London erhofft. Der „Daily Telegraph" war weniger optimistisch gewesen und hatte nur auf einen Gewinn von sechs Sitzen gerechnet, es sind jedoch, wie gemeldet, nur deren drei gewonnen worden. Das bedeutete für die Unionisten einen empfindlichen Mißerfolg. Ein ähnlicher Mißerfolg ist für die Unionisten in Grimsby zu verzeichnen, wo der unionistische Kandidat einer der Hauptbefürworter der Zolltarifreform gewesen ist. Dagegen haben die Unionisten bedeutende Gewinne an Stimmen in den Midlands und den westlichen Bezirken zu verzeichnen, obgleich es ihnen nicht gelungen ist, in der Grafschaft Lancashire Fortschritte zu machen. In Bath wurde nach einer neuen Stimmzählung festgestellt, daß zwei Unionisten an Stelle der Liberalen gewählt worden sind. Für die Wahlen sind gestern von den Konservativen 15.000 Automobile für die Wähler benutzt worden, den Liberalen standen 12.000 zur Verfügung.

London, 16. Januar. Sämtliche Blätter kommentieren das Ergebnis des gestrigen Wahltages. Die Mehrzahl stellt fest, daß wie erwartet, die Liberalen ziemlich ihre Stellung behauptet haben, wenn auch unter der Einbuße zahlreicher Stimmen in mehreren Bezirken. Die Unionisten gewinnen zirka 14.000 Stimmen, während die Liberalen nur eine Zunahme von 4000 Stimmen zu verzeichnen haben. Das Blatt „Observer" weist darauf hin, daß die Unionisten die absolute Mehrheit nicht erlangt haben können, weil die sozialistische Strömung noch zu heftig ist.

Arbeiterbewegung.

Zur Tarifbewegung im Malergewerbe. In Darmstadt, Hanau, Höchst a. M., Hamburg, Offenbach und Wiesbaden haben die Mitglieder des Verbandes der Maler gleichfalls Stellung genommen. Ueberall wurde die ablehnende Haltung der Arbeitgeber scharf verurteilt und bedauert, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung durch den Schiedsspruch nicht ausgesprochen wurde. Besonders in Wiesbaden wurde die Nichtverkürzung der Arbeitszeit scharf kritisiert, weil noch die zehnstündige Arbeitszeit besteht, im Gegensatz zu dem nahen Mainz, das bereits seit Jahren den Neunstundentag hat. In allen Versammlungen wurde jedoch den Schiedssprüchen mit Stimmenmehrheit zugestimmt.

Während so die Arbeiter durch Annahme der Schiedssprüche zum Frieden blasen, rüsten die Unternehmer zum Kampf, denn in Frankfurt a. M., Darmstadt und Offenbach lehnten diese die Schiedssprüche ab.

Auch in Mannheim, Ludwigshafen, Karlsruhe, Stuttgart und einer Reihe kleinerer Orte wurde gegen wenige Stimmen den Schiedssprüchen ebenfalls zugestimmt.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 3. 12—1 Uhr Mittags.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

R., Peisterwitz. Sie müssen die Hälften bezahlen.

Hatzum A. K. 69. 1. Ihre Frau ist nicht verpflichtet, das Heilverfahren anzunehmen. 2. Die Landesversicherungsanstalt ist an ein bestimmtes Gutachten nicht gebunden. 3. Nein. 4. Durch das Heilverfahren geht Ihrer Frau die Rente oder der Anspruch darauf nicht verloren.

G. W. 209. Da der Mann die Vaterschaft anerkannt hat und bereits gepfändet worden ist, hat eine weitere Klage keinen Zweck. Beantragen Sie aber, daß das Gehalt gepfändet wird.

G. W. 150. Ohne Erlaubnis ist nichts zu machen; richten Sie an die Behörde ein entsprechendes Gesuch.

D., Liegnitz. Dienstmädchen können nur dann Lohn während der Krankheit verlangen, wenn sie sich die Krankheit durch den Dienst zugezogen haben. Da das bei Ihnen nicht gewiß, können Sie nichts bekommen.

L., Striegau. Unterbleibt die Eheschließung, so kann jeder Verlobte von dem anderen verlangen, daß er die Geschenke zurückgibt.

G. Werkführer haben während der Krankheit sechs Wochen den Gehalt zu fordern, müssen sich aber davon das Krankengeld abziehen lassen.

B., Kattowitz. Wir halten das Vorgehen des Ladenhalters für unrecht; aber eine Klage möchten wir Ihnen doch nicht empfehlen, da sie aussichtslos erscheint.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Barth. — Inseratenteil und Geschäftliches: Max Gumprecht, Berlin. — Verlag von Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Th. Schmidt, G. m. b. H., Berlin. — Inserate 1 Mark.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Am 15. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser Kollege, der Tischler

August Menzel

im Alter von 55 Jahren. 251

Ein bleibendes Andenken werden ihm bewahren

Die freiorganisierten Tischler der Waggonfabrik vorm. Linke.

Beerdigung: Dienstag, den 18. Januar, nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Tschepinerstrasse 34, nach Cosel.

Zigarren

prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack
100 Stück 2,50 Mk. bis 10,00 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme

Zigarren-Fabrik E. Lampke,

Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Roßplatz 11, am Oderthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotgasse, Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Gut erhaltene Remittenden-Exempla[re]

Novellen

von
Walt Whitmann.

Mit einem Geleitwort von **Johannes Schlaf.**
Broschiert **nur 50** Pfg., bisheriger Preis 1.50
Buchhandlung „Volkswacht"

Die Gleichheit

(Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

„Der wahre Jakob"

Sozialdemokratisches Witzblatt.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 3mal wöchentlich. — Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Brieg

Arbeiter-Konfektion.
Neumann, R., Neißestr. 1. Div. Artikel.

Bäckereien und Konditoreien.
Biewald, Karl, Fischerstr. 57.
Hoffmann, Fedr., Neuhäuserstraße 38, Fischerst. 15, Milchst. 5.
Köhler, Hermann, Fischerstr. 46.
Kudell, Herm., Paulauerstraße 4.
Schröter, Ring 26, billigste Bezugsquelle für Kommiß- und Landbrot.

Bierbrauereien.
Brieger Dampfbrauerei, Herm. Begatsch.
Brieger Stadtbrauerei A.-G.

Drog., Farben, Verbandstoffe.
Jand, R., Zentral-Drogerie, Milchstr. 1.

Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.
Arnold, Gustav, Ring 12 (Fahrräder).

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammoph.
Giel, Aug., Oppelnerst. 12, Langest. 5, Tel. 4.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Hauck, Paul, Tresl. Bekleid.-Haus, Ring 34.
Kuhnert, Franz, Langestr. 11 (Arbeitergard.).
Wohl, Eugen, Burgstraße Nr. 27.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Urbanczik, L., Zollstr. 11/12 (Schuhwaren).

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Ring 30, Bill. Bezugsquelle.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Hauckolle, R., Schulstr. 18 (Weinhandlg.).

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Sächs. Waren-Bazar, D. David, Ring 27.

Manufakturwaren, Konfektion.
Glaser, Gebr., Ring 2 (Spez.-Kleiderstoffe).

Manufakturwaren, Damen-Konfektion.
Warschauer, S., Ring 35, Kleiderst.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Zollstraße 27.
Kübler, Heinrich, Fischerstraße 19, II.
Schinke, Fr., Schuhwarenhaus, Langest. 55.
Schiftan, Jos., Ring 10, bill. Bezugsquelle.

Wäsche, Trikotagen, Herrenart.
Lewin, E., Zollstr. 2 (Schirme).

Uhren und Goldwaren.
Galerd, Paul, Langestr. 61/62, Rep.-Werkst.

Zigarren und Zigaretten.
Bürger, G., Milchstr. 4, neb. d. Schmiedebr.
Wagner, Paul, Ring 9.

Bunzlau

Fahrräder.
Deiez, Paul, Görlitzerstr. 42, Rep.-Werkstatt.

Herren-Artikel.
Nathe, Rich., Markt 12 Kragen, Krawatten.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Breuer, Joh., Ring 33, Fertige Garderobe u. Maß.
Scholz, Paul, Schönfelderstr., Maßanfertig.

Herren-, Damen- u. Kind.-Gard.
Carmer, Max, Obermarkt 33.

Herren- u. Damenwäsche.
Siegel, Emil, Ring 3, Maßanfertigung.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Stübe, Max, Kürschnermeister, Ring 15.

Kaufhäuser.
Heinze, Bruno, Herren- u. Damen-Konfektion, Bettfedern, Leinen, Wäsche, Wolle und Kurzwaren.

Kleiderstoffe, Damen-Konfekt.
Schund, M., Markt 40. — Gegr. 1848.

Kleiderstoffe, Wäsche.
Laubeck, [illegible], Markt 35.

Putz-, Weiss- u. Wollwaren.
Sättel, E., Entenmarkt 16 [illegible]

Sarg- und Möbelmagazin.
[illegible]

Schuhwaren u. Schuhmacher.
[illegible]

Trikotagen, Weiss- u. Wollwaren.
[illegible]

Deutsch-Lissa.

Brauereien.
[illegible]

Haus- und Küchengeräte.
[illegible]

Kolonialwaren.
[illegible]

Kolonial-, Leder- und Produktenhandlung.
[illegible]

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
[illegible]

Freiburg

Bäckereien und Konditoreien.
[illegible]

Bier-Brauereien.
[illegible]

Drogen, Farben, Seifen, Parfümerien.
Raschke, Ernst, Konsumvereins-Lieferant.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Böse, Ferd., Reparatur-Werkstatt.
Kahl, Bernh., Grammoph. u. Rep.-Werkst.

Glas-, Porzell.- u. Steingutwaren.
Hoffmann, H., Spiegel, Bilderleisten.

Herren-Garderobe.
Kotzde, Hermann (Schuhwaren).

Herren-, Damen-, u. Kinder-Garderobe.
Dorn, Marcus, Landeshuterstraße 13.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Schinzel, Osk., Kürschnermstr., Bezugspr.
Schrabeck, E., Schuhwaren u. Reparat.

Möbel-Magazine.
Minde, Hermann, Burgstraße 19.

Manufaktur- und Modewaren.
Becker, Theodor (Damen-Konfektion).
Haacke, Hermann (Damen-Konfektion).
Nerger (Kräzig), Ring. 4% Rabatt.

Putz, Weiss- und Wollwaren.
Reimann, A., (Handarbeiten). 4% Rab.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Fischer, Gebr., Ring 11.
Burdzik, Anton (Reparatur-Werkstatt).

Spezial-Putzgeschäft.
Franz, Anna. Trauerhüte in groß. Auswahl.

Uhren- und Goldwaren.
Gandri, Franz, Polenitz (Nähmaschin.).
Siegel, H. & Sohn, Freiburg, Burgstr. 12.

Zigarren, Zigaretten.
Hoffmann, G., Sandst. 1, Lieblbl. Musikinst.

Glogau

Drogen und Farben.
Linke, Fritz, Preußischestr. 40/41.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Preußischestr. 55.

Goldberg

Bier-Brauereien.
Neumann, Oswald, Dampfbrauerei.

Manufakturwaren.
Sächs. Leinen-Geschäft, Wäsche, Küchen, Inlett, Trikotagen, Wollwaren, Konfektion.

Haynau

Galanterie- und Spielwaren.
Müller, Jul., Liegnitzerstr. (i. h. 3 Bergen).

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Jacobi's Nachf. (Inh. Otto Klaze), Ring 1.

Kaufhäuser.
Hugo Krause, Herren- u. Damen-Konfekt., Modewar.
Dehmann, R., Ring 18.
Scholz, Fritz (4% Rabatt).

Kolonialwaren, Bier, Zigarren.
Borr, Paul, Bahnhofstraße 25.

Manufaktur- und Modewaren.
Kubisa, Hermann, Ring 11.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Werner, Leopold, Ring 33, Ecke Bethstr.

Uhren- und Goldwaren.
Büchel, Gustav, Ring 25.
Wiechert, Gustav, Ring 36.

Hirschberg

Bilder, Spiegel, Uhren, Musikwerke.
Rebiger, H., Promenade 14a, I., [illegible]

Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Schürzen, Wäsche, Bl., Kleider, Röcke.

Drogen und Farben.
Kronen-Drogerie, Bahnhofstraße 53.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Demuth, Emil, Kraft. Burgstr. 7, Reparat.
Kremer, H., Schildauerstr. 56, Rep.-Werkst.
Schröter, Heinr., Bahnhofstr. 20 (Reparat.).

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Hilke, G. A., Größtes Spez.-Geschäft für Konfekt. [illegible]
Sebrecht, Max, Schildauerstraße 12.
[illegible], J., [illegible] Burgstr. 10, [illegible]
Meyer, X., Burgstr. 19, Herren- u. Knaben-Konf.
Müller, Franz, Bahnhofstraße 61.
Zumarek, [illegible] (Damen-Garderobe).

Haus- und Küchengeräte.
Hertwig, Carl, [illegible] Burgstr. 17, [illegible]

Kaufhäuser.
Pinoff, Georg, Langstraße.

Musik-Instrumente.
[illegible] Bahnhofstr. 45.

Schirme, Stöcke, Sportartikel.
Ehrenberg, R., Warmbrunnerplatz 9.

Schuhwaren.
Richter, R., am Warmbrunner Platz.

Uhren- und Goldwaren.
Schmidt, E., Promenade ([illegible]).

Jauer

Seifen, Parfümerien.
Krummler, Rudolf, Goldbergerstr. 25.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Citt, O., Königstr. 21, [illegible]

Herren- und Damenkonfektion.
[illegible]

Mineralwasserfabrik u. Biergrosshdlg.
Senzlober, F., i. F. P. Buchali, Königstr. 26.

Zigarren und Zigaretten.
Willner, Paul, Boltenhainerstraße 19.

Liegnitz

Abzahlungs-Geschäfte.
Horn, Carl, Nachf., Haynauerstr. 28, I.

Alkoholfreie Getränke.
Trinkt nur „Bilz-Sinalco".

Arbeits- und Berufskleidung.
Gottheiner, J., Burgstr. 76, dicht am Ringe.

Bäckereien u. Konditoreien.
Lingelbach, Reinhard, N. Haynauerstr. 35.

Bierbrauereien, Bierverleger.
E. Dorf & Co., Wallstr. 4. Reiermbier.
Heinrich, Herm., Neue Carthausstr. 20.
Jul. Jüttner's Nachf., Haagstraße 8.
Liegnitzer Schloßbrauerei, G. m. b. H.

Bürsten, Pinsel etc.
Müller, H., N. Carthausstr. 12. Verkaufsbdlg.

Drogen und Farben.
Drog. gold. Becher (Inh. E. Baetzle) Jauerstr.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Bammert, Paul, Neue Goldbergerstr. 75.
Baher, Paul, Breslauerstraße 20.
Hoffmann, B., Breslauerpl. (Zig., Zigarett.)
Kraus, R., Lübenerstr. 9, Rep., Zig., Schreibw.
Scholz, Ad., N. Carthausstr. 1 (Sprechmasch.).

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Handke, Paul, Breslauerstr. 18.
Kobelt, Heinrich, Gerichtsstraße 2.
Wiesner, Paul, Jauerstraße 100.
Jobel, Fritz, Neue Breslauerstr. 58.

Glas- und Porzellanhandlung.
Hirschberg, Heinr., Burgstr. 58, Grabkreuze.

Galanterie- und Spielwaren.
Schwartzer, E., Frauenstr. 18, Wirtschaftsart.

Herren-Artikel.
Engl. Magaz. (Inh. Fritz Greep), Mittelst. 2.
Sornel, Oskar, Frauenstr. 24, Bandagen.

Herren-Garderobe.
Cohnmann, Max, Mittelst. 11, Ecke Sperlstr.
Schüller, Sally, Wollstraße 25.
Schwarz, Max, Mittelstr. 38 (Arb.-Gard.).

Hüte, Mützen.
Hübl, J., Carthausstr. 4 (Schuhe).

Kaufhäuser.
Haurwitz, Ludwig, Frauenst. 9. Erstes u. größtes Geschäftshaus am Platze für Kleiderstoffe, Leinen, Wäsche, Seiden u. Bettwäsche, Damenkonf., Tep., Gard., Teppiche, Betten.
Kaufhaus Carthaus (Inh. Erich Lenden).

Korsetts
Dreßler, Elsbeth, Frauenstr. 2, Ecke Ring.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Berl. Engr.-Lager, Ring 15, Eing. Burgstr.
Krüger, Auguste, Breslauerstr. 12, Arb.-Gard.
Plauer, G., N. Carthausst. 15, Strumpffabr.

Leinen, Wäsche, Bettfed., Baumwollwar.
Primmer, Wolff, Frauenstraße 1.

Manufaktur- und Modewaren.
Grand, Louis, Inh. W. Berger, Burgst. 76, I.
Reich, J., N., Ring 30, Ecke Bäckerstr., Damenkonfekt., Seiden- u. Kleiderstoff.

Möbel-Magazine.
Burghardt, J. W., Burgst. 52/53, [illegible] Möbel.
Gärtner, Oswald, Mittelstr. 45.
Kramer, Hermann, Frauenstraße 39.

Papier- u. Schreibw., Buchbind.
Heiz, Bruno, Goldbstr. 17, Zigarren, Zigarett.
Bed, Karl, N. Carthausstr. 13 (Zigarren).
Saffiansky, H., Breslauerstr. 45 (Spielw.).

Musik-Instrumente.
Wittig, A., Nachf. (R. Labeauff), Ring 40.

Photographische Ateliers.
Gehl, Alfred, Georgenstr. 14b, parterre.

Rossschlächtereien.
Gabner, Carl, Mittelstraße 51.
Kühler, Eugen, Burgstraße 54.

Sarg-Magaz. u. Beerdigungsinst.
Görlig, Emil, Frauenstraße 52.
[illegible], Paul, Marienplatz 11 (Sargfabrik).

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Dartmann, Hermann, Mittelstr. 76.
Dubeck, H., Mittelstr. 55, N. Carthausstr. 62.
Mochke, A., Goldstr. 6, Ecke [illegible]
Müde, Franz, Rütterstraße 4.
Müde, Constantin, Burgstr. 38.
Tack, Conrad & Cie., Ring Nr. 14.

Uhren und Goldwaren.
Gulk, Max, Neue Carthausstraße 56.
Rosberg, Alwin, Mittelstraße 53.
Wandel, Paul, Goldbergerstr. 4, am Ring.

Weinhandlungen.
Danburger, R., Mittelstr. 69 (Zigarren).

Zigarren, Zigaretten.
Kohlrs-Hugo, Glogauerstr. 18, Schreibwar.
Frebt, Paul, Neue Haynauerstr. 3.
Reinecke, Wilh., Burgstr. 61, [illegible]
Pietsch, M., [illegible] 24, [illegible]
Richter, Hermann, Schloßstraße 25.
Schiedewitz, Paul, R. Haynauerstr. 45.

Margarine, Kaffee, Zigarren.
Riefel, Paul, Ring 32.

Putz, Weiss- und Wollwaren.
Leipz. Salo Inh. H. Oppenheimer, Ring 26.
Simon, Anna, Oberstr. 58 (Arbeiter-Gard.).

Zigarren, Zigaretten, Tabake.
Schmidt, Paul, Steindamm 5.

Uhren- und Goldwaren.
Stolz, E., Briegerstr. 8, Fahrräd. Nähmasch.

Ohlau

[illegible] Herren- u. Damen-Gard.
Brandt, J., Nachf., Ring 7 (billige Preise).

Lederhdlg., Schuh- u. Sattl.-Bed.-Art.
[illegible]

Peisterwitz.

Bäckereien.
Griebsch, Wilh., Peisterwitz.

Gemischtwaren.
Kinast, Emil, Peisterwitz, Zigarren, Tabak.

Schmiedeberg

Gemischt-Waren.
Berger, W., Kurz-, Weiß-, Wollw., Tab., Zig.

Wäsche, Trikot., Herrenartikel.
Grammel, E., Eigene Strumpfstrickerei.

Strehlen

Drogen und Farben.
Hoffmann, J., Markt 19, Wein u. Zigarren.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Brinitzer, Karl, Spezial-Geschäft.

Kaufhäuser.
Zentral-Kaufhaus (Billig und gut).

Kolonialwar., Drogen, Zigarren.
Koschlig, Alfred (Kaffeerösterei).
Otto, Robert, Ring 8 (Weine).
Trautmann C. J., Inh. Curt Trautmann.

Manufakturw., Herren- u. Knaben-Gard.
Jacoby, Martin (Damenkonfektion).

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Persel, August, Münsterbergerstr. 36.

Striegau

Eisenwaren, Küchengeräte.
Scholz, Oskar, Güntherstr. 14 (Fahrräder).

Fahrräder, Nähmaschinen.
Böhmelt, Paul, Bahnhofst. 37, Rep.-Werkst.
Illmann, Willibald, Wilhelmstr. 3a.

Galanterie-, Spielwaren, Haushalt.-Art.
Bürgel's, W. Bazar, Schweidnitzerstr. 9.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Bittner, Paul, Güntherstraße 11.
Keilson, O., Güntherst. 12, Konsumvereins-Mitgl. 8% Rab.

Hüte, Mützen u. Pelzwaren.
Tischer, W., Güntherstraße 4.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
Paßbrig, Max, Sedanstr. 3.

Manufaktur- u. Modewaren.
Schwabe, Reinhold, Ring, Ecke Jauerstr.

Polsterwaren.
Weiden, Paul, Jauerstraße 1, am Ring.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Bräbl, Kurt, Ring, Unter den Lauben.
Heinemann, Wittigstraße (Graul's Hotel).
Krause, L., Ring 12.
Zingler, Paul, Güntherstr., Ecke Kirchstr.

Uhren und Goldwaren.
Steiner, Alfred, Ring 2, Musikwaren.

Zigarren und Zigaretten.
Entner, R., Schweidnitzerstr., Ecke Ring.

Waldenburger Industrierevier

Automaten-Restaurant

Abzahlungs-Geschäfte.
Dentsch, J., Sandstraße 1.
Grimmer, O., Hohestr. 6, neben der Bergsch.

Bäckereien u. Konditoreien.
Biedermann, A., Waldenbg., N.-Waldbg.
Hanke, J., Neu-Salzbrunn, Zehnhäuser.
Hertwig, E., Hermannst. 17, N.-Waldbg.
Opitz, Heinr., Neu-Salzbrunn 47.
Regner, Carl, Ob.-Waldbg., Chausseestr. 16.

Bilder, Spiegel, Galanteriewaren.
Welz, Gebr., Kirchstr. 27, Ob.-Waldenb.

Bierbrauereien.
Schlesische Brauerei, e. G. m. b. H., Auenstraße.
Reinsch, Franz, Harim, Bad-Salzbrunn.
Storch, R., Inh. P. Heinze, Selt.- u. Limonade.

Damen-Konfektion.
Pöschner, R., Ring 2 (Modewaren).

Drogen, Farben und Seifen.
Fallenberg & Reschke, Freiburgstr. 28.
Methner, Oskar, Sandberg Nr. 21.

Fahrräder u. Nähmaschinen.
Seigler, Ferd., Auenstr. 36.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Jakubowsky, R., N.-Salzbr., Konf.-Lief.

Galanterie, Haus- u. Küchengeräte.
Berliner Warenhaus, Gartenstraße 6.
Kristall-Bazar, Konsumvereins-Lieferant.

Herren-Garderobe.
Panisch, H., Charlottenbrunnerst. 6, [illegible]
Niederbauer „Glück auf", Gartenstr. 5.
Semper, A., Nf., Inh. C. Riebel, Scheuerstraße 18.
Silbermann, M., Waldenburg, [illegible]

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Baum, Osk., Kaiser-Wilhelmplatz 6.
Lux jr., Arth., Friedländerstr. 33, gute Bedienung.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Prowodnik P., Chausseest. 21, Ob.-Waldbg.
Elsner, K., Neu-Waldbg., Wrangelst. 1, Zig.

Lederhandlung.
Schiftan, Max, Auenstr. 4.

Manufaktur- u. Modewaren.
Waldenb. Warenh., A. Hoehn, Friedländst.
Weiß, M., Gartenstr. 25 (Damenkonfektion).

Mineralwasserfabrik u. Bierhandlung.
Trinkt nur Fürstensteiner u. Si-Si-Brause

Möbel- und Sargmagazine.
Bartsch, J., Gottesbergerstr. 24.
Gottschling, E., Töpferstr. 14, eig. Werkst.
Zimmer, H., Hohstr. 7, Polsterw., Garderob.

Musikinstrumente.
Bartsch, F., Gottesbergerstr. 2.

Polstermöbel, Lederwaren.
Ilchmann, G., Friedländerst. 22, Sattlerart.

Putz, Wäsche, Wollwaren.
Dinter, A., Schürzenfabrik.
Hampel & Ludwig, Ring 14.
Lewin, Martin, Gottesbast. 26, Kleiderst., Schürz., Blus., Gürt., Gard., Portierenst.
Rehwer, W., Friedländerstr. 28.
Sabeck Nachf., Ring 21, Herren-Artikel, Trauermagazin.
Schomann, Chr., Hermannst. 9, N.-Waldb.
Schubert, Richard, Ring 16, Strumpfwar.

Seifen, Kerzen, Parfümerien.
Endler, R., Charlottenbrunnerst. 14, Drog.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Faulde, Paul, Gartenstraße 24.
Gräßler, Ed., Hochwaldstr. 1, gr. Lager u. Rep.
Putsch, Adolf, Ring 12.
Reinert, A., Ring 21.
Tödtmann, Gustav, Markt 5.
Wagner, K., Hermannst. 15, N.-Waldbrg.
Wollner, J., Charlottbrst. 18, Kais.-Wilhst. 9.

Stöcke, Schirme, Tabakspfeifen.
Schwarz, R., Freiburgerst., eig. Rep.-Werkst.

Uhren und Goldwaren.
Güttler, O., Fellhamm., Musikw., Fahrräd.
Hoferichter, W., Musikw., Neu-Waldenbg.
Ketscher, R., Scheuerstr. 19 (Krone).
Mantel, Paul, Gottesbrgrstr., a. d. Marienk.
Nerger, H., Charlottenbrunnerstraße.
Sachade, Georg, neben dem Rathaus.

Zahn-Ateliers.
Voos, W., Töpferstr. 21, Zahnersatz, Plomb.

Altwasser.

Bäckereien und Konditoreien.
Wiesner, Osk., III. Bez. 24b, Pfefferkuchen.

Drogen und Farben.
Ringel, Arth., (Schwz. Adler) I. Bez. 12a.

Fleischwaren.
Hillmer, Hermann, II. 10, (Elektr. Betr.)
Scholz, Hermann, I. Bez. 20.

Herren-Garderoben.
Andr[illegible], Emanuel, (Anfertig. n. Maß.)

Kaffee, Kakao, Schokoladen.
Pietschmann, Juliane, II. B. 21, Zuckerw.

Kaufhäuser.
Krüger, Bernh., Putz- und Modewaren.
Knappe, Damen-, Herren- u. Kinder-Konf.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Bergmann, R., Haus- u. Küchengeräte.
Böhm, Ed., IV. B., 42a, Emaille u. Wollw.
Fischer, F. Wilh., Zig., Eisenw., Küchenger.
Hoffmann, A., Zigarren, Zigaretten, Eisenwaren, Küchenger.
Kubot, Franz, Promenade, (Zig., Zigarett.)
Rittner, Haus- u. Küchengeräte, Wein etc.
Weinhold H., Haus- u. Küchengeräte.

Lederhandlg. u. Massstepperei.
Cieslinski, J., II. B. 15, Schuhm.-Bed.-Art.

Manufaktur- und Modewaren.
Hübner F., Spez.: Fabr.-Reste, Oberaltw.
Stubermann, P., 36, Fahrräder Nähmasch.

Möbelmagazine.
Elsner, Carl Möbel- u. Sargmagazin.
Patschke, Hugo, Möbel- u. Sargmagazin.
Springer, Ernst, Bau- u. Möbeltischlerei.

Papier- und Schreibwaren.
Hentschel, Aug., Promenade, Galanteriew.

Photographische Ateliers.
Fotografisches Atelier V. Khol, Altwasser

Polsterwaren.
Hillmann, Paul, Ober-Altwasser.

Putz- und Wollwaren, Wäsche.
Ehrenberg, Jul., III. B., 10, Spez. Bettw.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Herda, R., IV. B., 15, Maß- u. Reparaturwkst.
Lante, H., Schuhlager u. Mech. Besohlanst.
Renner, Hermann, III. 21d. Schuhlager.

Uhren- und Goldwaren.
Hornig, Fr., vis-à-vis Bahnhof.
Obst, O., Sprechapparate und Platten.
Schindler, Max, jetzt Promenade.
Steudel, Heinr., Bez. IV. 11b, Sprechmasch.

Dittersbach.

Bäckereien und Konditoreien.
Aetelt, Robert, Chausseestr. 102.
Hoffmann, Robert, Chausseestr. 173.

Herren-Garderobe.
Pohl, A., Nr. 177 (Maßanfertigung

Kolonial- und Gemischtwaren
Bergmann, Ernst, Chausseestraße 2
Drescher, H., Haus- u. Küchengerät
Geyer, Bertha, 18, Zigarren, Tab
Haertel, Fritz, 180, Emaill., Eisenw
Hänel, A. W., Emaille, Manufakturw

Reste und Partiewaren.
Ilchmann, Rosa, 127. Billige Pre

Sarg- und Möbelmagazine.
Stief, B., Fensterglas, Bilderleisten

Uhren- und Goldwaren.
Müller, A., 148b, Musikinstr., Opt.

Friedland.

Bäckereien und Konditorei
Gaßmann, H., Reinswaldau, Konf.

Fleischereien u. Wurstfabrik
Kunze, G., Lieferant des Konsumver
Schleicher, Robert, Markt 21.

Herren- u. Arbeiter-Garderobe, Wä
Weber, Emilie, Schnitt- und Schuhwa

Uhren und Goldwaren.
Thyrolf, A., Friedland u. Ndr.-Hermsd

Gottesberg, Fellhamme[r]

Buchhandlg. u. Papiergeschä
Schiedeck, Max, (Postkarten-Zentrale)

Bäckereien und Konditorei
Böhm, Robert, Fellhammer.
Juno, Carl, Fellhammer.
Klingberg, Heinrich (Konsumvereins-

Bier-Brauereien
Aktien-Brauerei, Gottesberg.

Drogen und Farben.
„Glück auf"-Drogerie (Kolonialwar

Fahrräder u. Zubehörteile
Menzel, Julius, Grüssauerstr., Repa

Haus- und Küchengeräte.
Anforge, H., (Glas, Spiegel, Emaillewar

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Beiermann, H., Filzschuhe.
Mieslac, Eduard (Velistolas).

Manufaktur- u. Schnittwaren
Deutsch, Josef, Wäsche u. Berufskleidu

Musikinstrumente u. Zigarre
Schröder, Rich., Papierhdlg. u. Buchbi

Möbel-Magazine.
Kadur, F., (Spez.: Arbeiterkonfektion)

Photographische Ateliers.
An'auf, August, Braustraße.

Rossfleischerei u. Wurstfabri
Springer, Paul, Fellhammer Nr.

Schuhwaren.
Abelt, August, Fürstensteinerstraße 4

Spezial-Putzgeschäft.
Bauch, Ehrenfried, Trauerhüte, gr. Aus

Spiel-, Galant.- u. Porzellanwa
Dhen, Albert, Puppen-Reparaturen.

Kolonie Sandberg.

Schuhwaren u. Schuhmacher
Urban, H., Sandberg, Nr. 32, Besohlanst

Weisstein, N.-Hermsdor[f]

Bäckereien.
Brofig, Herm., Altwasserstraße 18.
Bötzold, Paul, Nieder-Hermsdorf.
Schwarzer, Jul., Altwasserst. 10, Konf.-
Thera, Jaroslaw, Hauptstraße 15.

Herren-Garderobe.
Busch, A., auch Schuhwaren, N.-Hermsd

Kolonial- und Gemischtware
Herzog, H., Altwasserstr., Bettfed., Tri
Knittig, Otto, Hauptstr. 113, Altwasserstr.

Möbel-Magazin.
Rößler, E., Hauptstraße 43.

Photographische Ateliers.
Ewald, Hellm., Vergröß., N.-Hermsdo

Putz-, Weiss- u. Wollware
Czernik, M., Filiale, Nieder-Hermsdo
Trikotagen, Galanterie- und Lederwar

Sofas und Matratzen.
Erbrich, A., Sattler u. Tapezierer, Zeltza

Uhren- und Goldwaren.
Holzapfel, Paul, Grammoph., Opt. Artik
Kästner, Herm., Nieder-Hermsdorf.
Thyrolf, A., Nieder-Hermsdorf.
Wichmert, R., Hauptstr. 67, Reparat., Musik

Zigarren, Zigaretten
Hilberg, Paul, Hauptstr. 47, Ansichtskart

Wüstegiersdorf, Blumenau.

Bäckereien und Konditorei
Seibert, Edmund, Pfefferkuchen u. Zucker

Galanterie- u. Spielwaren, Fahrräd
Weiß, Fritz, Blumenau. Zig., Zigarett

Kolonial-, Emaille-, Eisen-, Kurzware
Drescher, Herm., Haus- u. Küchengerä

Konfektion und Schuhwaren
Wagner, Gustav (Wäsche, Hüte, Mützen

Kurz-, Woll- und Schuhware
Berig, Leopold, Ober-Tannhausen.

Partiewaren- u. Restehandlun
Ziel, Herm., Blumenau (für Händler

Zahn-Ateliers.

Beilage zu Nr. 14 der „Volkswacht".

Dienstag, den 18. Januar 1910.

Deutscher Reichstag.

17. Sitzung vom Sonnabend, den 15. Januar, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Lisco.

Zur Beratung stehen

Die kleinen Justizgesetze.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die formellen Schönheiten des Entwurfs haben einen sehr unangenehmen Beigeschmack, er geht mit außerordentlicher Eleganz an den Klagen über die schlechte Justiz vorbei. Ein bekannter Strafrechtslehrer sagt: Daß das Strafrecht immer mehr gebraucht würde als Waffe gegenüber den aufstrebenden Klassen, und der vorliegende Entwurf hat vollauf diese Richtung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Er ebnet noch weiter die Bahn für eine reine Klassenjustiz. Den Wunsch des Abg. Heinze, der Richter charaktervoll und selbständig sein, unterschreiben wir, fügen hier hinzu, vor allem muß er unabhängig sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Frage hätte der Entwurf in den Vordergrund stellen müssen. Anstatt dessen ist die Aufmerksamkeit darauf gerichtet, daß die Richter nur „zuverlässig" sind! (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Konzessionen des Entwurfs sind nichts als Scheinkonzessionen. Daß die Staatsanwaltschaft ein unabhängiges Organ ist, gleichgültig ob das Legalitätsprinzip jetzt erweitert oder vermindert werden soll, das wird niemand behaupten wollen. Die Staatsanwaltschaft ist auf jeden Fall ein Fremdkörper in einem System, das Gerechtigkeit will. (Sehr wahr! bei den Soz.) Heute ist es so, daß die Verwaltungsbehörde den ganzen Strafprozeß geradezu beherrscht. Durch die Hineinschiebung der Staatsanwaltschaft werden mit Notwendigkeit

die Richter moralisch begriffen.

(Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn Lappalien nicht bestraft werden sollen, auch wir wünschen das nicht, warum wird dann nicht der Weg beschritten, sie ganz auszuschalten? Aber es handelt sich bei allen Bestimmungen, die der Staatsanwaltschaft die Entscheidung überlassen, nur immer darum, ob es gegen die Arbeiter geht. Es handelt sich z. B. um Verletzungen der Vorschriften über den Ladenschluß, und die Sonntagsruhe weiter um unzulässige Lohnabzüge. Sind Sie der Ansicht, daß man Unterschlagungen von 1 Pfennig verfolgt, wenn die Unterschlagung nicht gegen einen Arbeiter verübt wird, daß man aber Unterschlagungen von 10 Mark nicht verfolgt, wenn die Unterschlagung gegen einen Arbeiter gerichtet ist, schön, dann sagen Sie das offen und ehrlich! Bei einer ganzen Reihe von Verletzungen der Arbeiterschutzbestimmungen erhält der Staatsanwalt das Recht, Anklage zu erheben oder nicht. Wenn Sie diese Bestimmungen nicht billigen, dann müssen Sie sie beseitigen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Gerade heute werden Lappalien oft verfolgt, wo es keineswegs notwendig ist. Ich erinnere nur an den einen Fall, wo drei vollständig unbescholtene Arbeiter der Eisenbahnverwaltung ganz unnötigerweise vor Gericht geschleppt wurden, weil sie beim Schienenreinigen ein Weißbierglas auf ihren Wagen geworfen hatten. Solche Anklagen können das

Mißtrauen gegen die Justiz nur stärken.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Innerhalb einer Gesellschaft, in welcher der Klassenkampf herrscht, können wir unabhängige Richter allerdings nicht haben. Die Richter stehen ja bei uns gewissermaßen unter Polizeiaufsicht. Erklärte doch der Präsident des ostpreußischen Oberlandesgerichts von Holleben, daß er die Richter durch Gendarmen und den Landrat überwachen lasse. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir werfen der Richterschaft nicht bewußte Rechtsbeugung vor, wir betonen immer wieder, daß es sich zumeist um eine unbewußte, aus dem Klassenstandpunkt entspringende Parteilichkeit handelt. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Anstatt soviel von der Einschränkung der Anklageerhebungen zu reden, beseitige man zunächst einmal den ganzen Wust von Gesetzen und Verordnungen, die sich mit Lappalien beschäftigen. Da bestehen z. B. ganz vorsintflutliche Bestimmungen über das Plakatwesen. Für gewöhnlich werden sie nicht angewandt, manchmal aber doch, und dann

natürlich nur gegen unsere Partei.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Eigentümlich sind auch oft die Urteile, z. B. ist die Jagd keine Störung der Sonntagsruhe, weil das Tragen eines Gewehres keine Arbeit sei. Dagegen ist das Tragen von Flugblättern an Sonntagen — sozialdemokratischer natürlich — als öffentlich bemerkbare Arbeit betrachtet worden. (Heiterkeit b. d. Soz.) So was kann nur ein Mann fertig bringen, der vom Wesen wirklicher Arbeit auch nicht den geringsten Begriff hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Gleichheit vor dem Gesetze steht eben nur auf dem Papier, (Sehr wahr! b. d. Soz.), wenn ein Gendarm für 40 Säbelhiebe und das Abschlagen eines Armes für brutale Roheiten ohne Gleichen (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

ganze 30 Mark

Strafe erhält, (lebhaftes Hört, hört! bei den Sozialdemokraten) und der Staatsanwalt sogar noch die Klage „mit lebhaftem Bedauern" erhebt. (Lebh. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wirkliche Abhilfe kann nur die strenge Durchführung der Uebertragung der Rechtspflege an Richter aus allen Schichten des Volkes bringen. Weit entfernt, dieser Forderung entgegen zu kommen, will nun der Entwurf eine große Anzahl von Fällen der Entscheidung eines einzigen Amtsrichters übertragen. Das bedeutet für diese Fälle einfach die Aufhebung der Rechtsgarantieen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner trachtet man darnach, die Kompetenz der Schwurgerichte einzuschränken. Teils durch die Praxis, teils durch Gesetze sind weite Kreise der Bevölkerung, die Arbeiterschaft, die Volksschullehrer, die ganze weibliche Bevölkerung von der Zuziehung ausgeschlossen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sehr bedenklich ist auch die Art, wie die Schöffen ausgewählt werden. Unter zuverlässigen Schöffen versteht doch der Herr Justizminister gewiß politisch zuverlässige, also

je nachdem die Regierung schwarz oder blauschwarz ist

sollen auch die Schöffen schwarz oder blauschwarz sein, das Volk aber will unabhängige und freie Schöffen aus freier Wahl hervorgegangen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Bezüglich der Berufung müssen wir verlangen, daß sie lediglich dem Angeklagten zustehen soll. Warum soll denn, wenn ein unabhängiges Gericht seiner ehrlichen Meinung nach auf Freispruch erkannt hat, ein Beamter, ein Polizeimensch, kommen und erklären dürfen: Das war nur ein Gutachten. Ich appelliere an die höhere Instanz. Jedenfalls müßten in solchem Falle neue Tatsachen vorliegen. Eine Verschlechterung erblicke ich auch darin, daß nunmehr in der Berufungsinstanz anstelle eines Fünfmänner-Kollegiums das berühmte Dreimänner-Kollegium treten und fungieren soll. Das ist ein

außerordentlicher Nachteil für den Angeklagten.

(Sehr richtig b. d. Soz.) Die Bestimmungen über die Untersuchungshaft weisen keine andere Verbesserung gegen die früheren auf, als vielleicht ein besseres Deutsch. (Dtkt.) Wonöglich sind sie noch eine Verschlimmerung. Ich erinnere nur an den Ausspruch: Der Mißbrauch der Untersuchungshaft treibt jährlich tausende getreuer Staatsbürger in die Arme der Sozialdemokratie.

Bezüglich der Jugendgerichte erkenne ich gerne an, daß der Entwurf den Fragen die Berechtigung nicht versagt, die sich damit befassen, wie die Behandlung der Jugendlichen geändert werden könne. Man scheint zur Erkenntnis zu kommen, daß die Gesellschaft der eigentliche Verbrecher ist, und daß dafür das arme Mitglied bestraft wird. Vor allem sollte das Alter der Strafbarkeit auf 16 Jahre hinauf gesetzt werden. Die Staatsanwälte sollten nicht länger das Recht haben, darüber zu erkennen, was mit den jugendlich Verurteilten zu geschehen hat. Die richtige Instanz ist die Vormundschaft, und ich bitte dringend, diese Frage zu erwägen. Die Erziehungsanstalten sind höchst unzuverläßig, ich erinnere an die barbarischen hundsföttischen Greueltaten, die da verübt wurden, ich erinnere an die Kolandersche Anstalt und die Vorgänge in Mielczyn. (Beifall bei den Soz.)

Einige Worte noch über die Stellung der Presse. Sie erfährt durch den Entwurf eine Verschlechterung. Schon durch das schleunige Verfahren, das darin besteht, daß ein Redakteur ohne Zustellung einer Klage vor den Richter gezerrt wird. Diesem Automobiltempo muß ein Riegel vorgeschoben werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Recht der Zeugnisverweigerung sollte in allen Fällen eingeräumt werden, wo eine moralische Pflicht zur Verschwiegenheit vorliegt. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Wie in früheren Jahren werden wir versuchen, in der Kommission Vorschläge zur Beseitigung der erheblichen Mängel zu machen. Ich hoffe, daß Sie sich insbesondere zu dem Gedanken freundlich stellen, daß wirklich unabhängige Laien in vermehrtem und sogar ausschließlichem Maße berufen werden. Von neuem will ich den Herren in Erinnerung rufen, daß der Entwurf das Produkt einer Kommission ist, in der alle Parteien außer der Sozialdemokratie vertreten waren, die also die Aufgabe hatte,

ein Instrument der Klassenjustiz zu schaffen.

Ich möchte Ihnen warnend zurufen: Ueberspannen Sie die Klassenjustiz nicht! Hämmern Sie dem Volke nicht die Erkenntnis ein, daß die Justiz nicht nur Vertrauen nicht verdient, sondern daß sie auch keins haben will, weil Justiz und Gerechtigkeit zwei verschiedene Begriffe sein sollen. (Lebh. Bravo b. d. Soz.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Lisco:

Herr Stadthagen hat einen Fall erwähnt, in dem ein längst verstorbener Oberlandesgerichtspräsident einen Amtsrichter habe überwachen lassen. Er hat aber nur erzählt, er habe gehört, der Amtsrichter habe sich außerdienstlich unzuverlässig benommen und da habe er den Landrat aufgesucht, um sich zu erkundigen. Man kann darüber streiten, ob das geschickt war. Auf die Ausführungen des Abgeordneten Stadthagen werden wir ja in der Kommission zurückkommen können. Ich muß aber meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß Herr Stadthagen den Entwurf als gegen die Arbeiter gerichtet, als gerechtigkeitsfeindlich und als eine Befestigung der Klassenjustiz bezeichnet. Diese Vorwürfe weise ich entschieden zurück. (Lebh. Zust. rechts.) Wenn Herr Stadthagen meint, es wäre vielleicht am richtigsten, bei der Einschränkung des Legalitätsprinzips die Strafbestimmungen wegen Verletzung der Arbeiterschutzbestimmungen anzunehmen, so läßt sich darüber in der Kommission reden. Was die Auswahl der Laien anbetrifft, so bin ich selbstverständlich dafür, daß sie allen Berufen entnommen werden. Es wird das Vertrauen in die Justiz fördern, wenn auch mal ein Arbeiter als Schöffe fungiert. Selbstverständlich müssen solche Arbeiter nicht „zuverlässig" sein, sondern sie müssen unabhängig und sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein.

Abg. Gräf (wirtsch. Vgg.)

polemisiert gegen Stadthagen, bedauert die Freisprechung des „Simplizissimus" in Süddeutschland und wendet sich gegen die Ausdehnung der Kompetenz der Schwurgerichte auf Preßdelikte, hält es andererseits aber für bedenklich, bei der Aburteilung der sogenannten Uebertretungen die Laienmitwirkung ganz auszuschließen.

Abg. Dr. Brunstermann (Rp.)

spricht sich für Besetzung der Strafkammern mit einem Richter und vier Schöffen statt mit zwei Richtern und drei Schöffen aus.

Abg. Dr. Ablaß (frs. Vpt.)

spricht für die Zuziehung der Frauen zum Schöffenamt besonders zu den Jugendgerichtshöfen, sowie für die Wahrung der Oeffentlichkeit bei Beleidigungsprozessen. Die Erhebung der Anklagen dürfe nicht in das Ermessen des Staatsanwalts gestellt werden. Der Verdacht liege leider nahe, daß dann Sozialdemokraten und wohl auch Freisinnige mit etwas anderem Maße gemessen werden als Thron- und Altarstützen. (Sehr wahr! links). Dringend nötig sei es auch, den Nichtgottgläubigen eine andere Form des Eides zu ermöglichen. Philosophische Ueberzeugung verdiene dieselbe Berücksichtigung wie religiöses Gefühl. Die Bestimmungen über das Wiederaufnahmeverfahren sind eine unleugbare Verschlechterung, aber im allgemeinen sei der Entwurf eine Grundlage, aus der sich etwas machen lasse. (Lebh. Beifall links).

Hiermit schließt die Diskussion über die Strafprozeßordnung.

Abg. Stadthagen (Soz., persönlich): Der Herr Staatssekretär hat mich mißverstanden, indem er meinte, ich sei für eine Einschränkung des Legalitätsprinzips eingetreten. Ich bin für die die Beseitigung der Staatsanwaltschaft überhaupt eingetreten.

Es folgt die erste Beratung des

Gesetzentwurfs über Aenderung des Strafgesetzbuches (Kleine Strafgesetznovelle).

Staatssekretär Lisco: Der Entwurf ist schon in der vorigen Session dem Reichstage unterbreitet worden. Bedenken haben die Bestimmungen über Strafverschärfungen wegen Beleidigungen erregt. Den berechtigten Interessen der Presse soll nicht zu nahe getreten werden, doch ist nicht zu leugnen, daß in der letzten Zeit sich eine gewisse Sorte von Menschen entwickelt hat, die das Erpreßschneiden gewerbsmäßig betreiben. (Rufe bei den Sozialdem.: „Die Wahrheit!")

Abg. Engelen (Zentr.) und **Abg. Dr. Heinze** (nat.) sprechen sich im allgemeinen für Annahme des Entwurfes aus.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vpt.) bittet dringend, die Bestimmungen über Beleidigung und Erpressung zurückzustellen, über die sich keine Einigung erzielen lasse. (Beifall links.)

Abgeordneter Heine (Soz.):

Das Gesetz als ganzes betrachtet, ergibt eine erhebliche Unterbilanz. Gutem und Trefflichem sind die Bestimmungen über Beleidigungen angehängt, die derartig streng sind, daß man das ganze Gesetz verwerfen muß, wenn sie nicht abgetrennt werden. Als praktischer Kriminalist habe ich natürlich den Wunsch, die Verbesserungen möglichst schnell jedem Angeklagten zu Gute kommen zu lassen. Als Jurist und Mitglied des Reichs-

---

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Josef Ruederer.

(Nachdruck verboten.)

In dieser Stube saßen an breitem Tisch zwei Leute, ein Offiziant und ein Registrator, wie sie mit ihren offiziellen Titeln hießen. Beide tauchten eifrig die Federn in die großen, bleiernen Tintenfässer und schrieben.

Die Türe zum Nebenzimmer stand offen und von der blautapezierten Wand blickte das Bild des regierenden Landesherrn über ein freistehendes Pult in die Kanzlei heraus. An dem Pulte saß ein junger Mann, der in das Studium herumgestreuter Aktenstücke vertieft schien. Jetzt sah er auf, da die Wanduhr geschlagen hatte, und blickte zu den Schreibern.

„Grosch!" rief er kurz und befehlend.

Der Registrator, ein Mensch mit blassem, bartlosen Gesicht und stählerner Brille, erschien in dem Bureau.

„Herr Bezirksamtsassessor?"

„Bis elf Uhr sind die Leute bestellt?"

„Bis elf Uhr, Herr Bezirksamtsassessor, und zwar der Lehrer Gattl, der Förster Göpfert, der . . ."

„Ja, ja, ich weiß. Sollte auch der Herr Benefiziat Kleiser noch kommen, worum ich ihn gestern noch besonders gebeten habe, so führen Sie ihn gleich zu mir herein."

„Ja wohl, Herr Bezirksamtsassessor."

„Und jetzt schließen Sie die Tür zu!"

Sobald der Assessor allein war, erhob er sich von dem bequemen Rohrstuhle und durchmaß die geräumige Stube. Hier herrschte sonst der Bezirksamtmann, dessen Vertretung er auf mehrere Tage übernommen hatte, da der Vorgesetzte in Urlaub war. Der junge Beamte schien es mit seiner Pflicht sehr genau und wichtig zu nehmen. Er ging in ernsten Gedanken herum und schlug sich mit einem Bleistift an die längliche Nase. Endlich blieb er zwischen den beiden Fenstern des Zimmers stehen und warf einen Blick in den dort angebrachten ovalen Spiegel. Gemächlich drehte er die Ausläufer seines dunklen Schnurrbarts zur Höhe und schob den Hornkneifer näher an die grauen Augen.

Die blanke Quecksilberfläche gab den runden, kurzgeschorenen Schädel wieder. An den dicken Backen zog sich ein dünner Bart zum starken Kinn herab, den der Assessor zuspitzte. Dann warf er noch einen Blick auf den tadellosen Gehrock und auf das graue Beinkleid, das die kurzen Beine umschloß, und den Chronometer aus der Tasche und verglich ihn mit der Bureauuhr. Nun stand er wieder an dem Schreibtisch, wo er ein blaues Aktenheft mit großer Ueberschrift hervorsuchte. Er blätterte eine Weile darin, legte es wieder säuberlich zusammen und ging zum Fenster, wo er die Straßenbummler betrachtete und verächtlich die Achseln zuckte.

Plötzlich kehrte er wieder zum Schreibtisch zurück, ergriff die blaue Mappe und streute einige weiße Bogen in loser Unordnung auf der Platte herum. Federhalter und Bleistift warf er quer darüber.

Lächelnd nahm er wieder seine Promenade auf, wobei er bald die eine, bald die andere Schulter vorschob, als wollte er seine gedrungene Figur etwas größer machen. Als der Zeiger der Uhr dreiviertel elf Uhr wies, läutete er mit einer Tischglocke zweimal scharf nacheinander.

Der Registrator kam herein und schloß hinter sich die Türe.

„Noch niemand da?" fragte der Assessor leise.

„Der Lehrer und die Bauern Straßner und Sitzenberger."

„Schön."

Grosch huschte lautlos hinaus. Bald nachher klopfte es bescheiden.

„Herrrein", rief der Assessor.

„Jetzt ist auch der Botten mit dem Kreittmayer gekommen."

Der Herr Assessor setzte sich an den Tisch und wühlte in den Akten.

„Ich habe noch zu tun, sollen nur warten."

Er nahm die Feder und zeichnete Fresken auf ein leeres Blättchen Papier, das er dann wieder zerriß und in den Papierkorb schleuderte. Trotzdem es inzwischen elf Uhr geschlagen hatte, ließ er noch zehn Minuten, die ihm selbst entsetzlich langweilig vorkamen, verstreichen, ehe er wieder zur Glocke griff. Diesmal befahl er, die Leute eintreten zu lassen

Die Türe ging auf und Gattl trat zuerst in das Zimmer. Nach ihm kamen die Bauern stolpernd über die Schwelle und stellten sich verlegen vor den Tisch, wo der Beamte, ohne aufzusehen, eifrig schrieb. Nur Kreittmayer machte ein unkisches Kompliment, dann sah er mit den andern atemlos zu dem Pulte herab und nahm sich in acht, die feierliche Stille nicht zu unterbrechen.

Endlich warf der Beamte die Feder weg und überflog die Anwesenden, indem er sich weit in den Stuhl zurücklehnte.

„Sie sind der Hilfslehrer Gattl?" fragte er.

„Und ihr", er nahm einen Zettel zur Hand und las die „Alle von Oberkarbach, Herr Bezirksamtsassessor", sagte Kreittmayer für die anderen, die kein Lebenszeichen gaben.

„Sie sind wohl der Wirt Mathias Kreittmayer?"

„Zu dienen, Herr Bezirksamtsassessor, ich bin der Wirt vom weißen Roß."

„Hm." Der Assessor drehte die Spitzen seines Vollbarts hervor und sagte mit eindringlicher Stimme zu den Versammelten: „Das königliche Bezirksamt hat euch alle vorgeladen, weil ihr in einer Sache aussagen sollt, die von höchster Wichtigkeit ist. Wenn wir nun heute auch keine gerichtliche Vernehmung auf Eid, sondern nur ein einfaches Verhör zur Aufklärung gewisser Umstände haben, müßt ihr doch alle auf Pflicht und Gewissen die volle Wahrheit sagen, da ihr vielleicht später, wenn ein gerichtliches Nachspiel folgen sollte, jederzeit zum Eide herangezogen werden könntet und dort selbstredend nicht in Widerspruch mit euren heutigen Aussagen stehen dürft. Verstanden?"

Der Wirt nickte eifrig, die Bauern aber rührten sich nicht und glotzten im Zimmer umher.

Nun wendete sich der Assessor zum Lehrer:

„Also Sie haben geglaubt, sich über Ihren Lokalschulinspektor, den Herrn Benefiziaten Kleiser, beschweren zu müssen?"

„Gewiß", sagte Gattl und trat näher heran.

„Ehe ich nun . . ." Der Assessor hielt im Sprechen ein und sprang auf, denn an der Tür erschien Göpfert mit dem Geistlichen. Lebhaft eilte ihnen der junge Mann entgegen und bot den Nachzüglern, die sich entschuldigten, die Hand. Dann zog er zwei Stühle zu seinem Tisch heran und lud die beiden höflich ein, Platz zu nehmen.

Mit strengem Blick drehte er sich dann wieder zu dem Lehrer:

„Ich fange also nochmals an. Der Hilfslehrer Gattl hat sich auf eine von dem Herrn Benefiziaten über ihn ergangene Beschwerde an das königliche Bezirksamt gewendet, und zwar mit der Bemerkung, daß er in der Lage sei, zu beweisen, die ihm zur Last gelegten gotteslästerlichen Aeußerungen gar nicht gemacht zu haben. Ehe nun das königliche Bezirksamt die Angelegenheit zur Entscheidung der königlichen Staatsregierung unterbreitet, soll recherchiert werden, wie sich die betreffenden Vorgänge abgespielt haben."

Er machte eine Pause in der Rede, die er, wie auswendig gelernt, herunter sagte:

„Aus diesem Grunde sind Sie alle zur exakten Eruierung der effektiven Tatsachen vorgeladen und gebeten. Wir werden ja hören, was die vom Hilfslehrer Gattl vorgeschlagenen Zeugen auszusagen haben. Vorerst aber bitte ich den Herrn Förster Göpfert, den Hergang des eigentlichen Streites zu erzählen."

[…]gen habe ich aber große Bedenken, die Begriffsbestimmungen gewisser Gesetze so schrittweise umzubauen.

Ganz unannehmbar ist für meine Fraktion und für mich die Bestimmung über die Beleidigungen. Auf die Uebelstände, die aus der Beschränkung des Wahrheitsbeweises und der Oeffentlichkeit erwachsen, ist schon bei der Beratung der Strafprozeßordnung eingegangen worden. Um die Revolverpresse zu bekämpfen, bedarf es nicht der hier vorgeschlagenen Aenderungen. Man will mit großen Geldstrafen vorgehen. Was erreicht man aber damit bei Blättern vom Schlage der „Wahrheit“ und dem Blatt des verflossenen Herrn Ahlwardt. Sie leben ja doch nur von Schulden und von dem, was sie anderen Leuten abschwindeln. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das Ergebnis der Vorschläge würde nur sein, daß die kolossalsten Geldstrafen gegen die politische Presse verhängt werden, und das ist meines Erachtens auch der Zweck der Sache. Die öffentliche Kritik soll lahmgelegt werden, noch mehr, als es zur Schande Deutschlands bereits geschieht. (Sehr wahr b. d. Soz.) Diesen ganzen Entwurf

die „lex Eulenburg“

wie er mit Recht genannt ist, haben wir nur bekommen, weil gewisse Erörterungen vor Gericht in hohen Kreisen peinlich berührt haben. Wir lehnen es entschieden ab, auch nur in eine Beratung der Bestimmungen über die Beleidigungen einzutreten. (Lebh. Beif. b. d. Soz.)

Staatssekretär **Lisco**: Der Vorentwurf ist eine Privatarbeit mehrerer Juristen. Die Regierung beabsichtigt erst Stellung zu nehmen, nachdem die Kritik sich geäußert hat.

Abg. **Varenhorst**: (Rpt.) Der Entwurf bringt erhebliche Fortschritte, geht mir aber noch nicht weit genug.

Hiermit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird der Kommission für die Strafprozeßordnung überwiesen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Haftung des Reiches für seine Beamten.

Staatssekretär **Lisco**: Auch dieser Entwurf hat schon dem Reichstage vorgelegen. Die zu Tage getretenen Wünsche werden wohl am besten in der Kommission erörtert.

Die Abgg. Dr. **Bitter** (Z.), **Giese** (kons.), Dr. **Junck** (natl.), **Hübling** (frs. Vpt.) befürworten Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. **Heine** (Soz.) schließt sich diesem Wunsche an und betont, daß die reichsgesetzliche Regelung der Haftung des Staats für die Beamten eine alte Forderung der Sozialdemokratie sei.

Nach Ueberweisung der Vorlage an eine 2gliedrige Kommission vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. (Interpellationen über Privatbeamtenversicherungen, Unterstützung der Tabakarbeiter, Vorgänge in Mansfeld.)

Schluß 3¾ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung, Sonnabend, den 15. Januar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben, v. Arnim-Züsedom, Beseler, Sydow, v. Moltke, v. Trott zu Solz, v. Breitenbach.

Zunächst ehrt das Haus das Andenken der verstorbenen Abgeordneten Schmidt-Elberfeld (freis. Vp.) und König-Guben (natlb.) in der üblichen Weise.

Alsdann werden als Präsident Abg. v. Kröcher (kons.), als erster Vizepräsident Dr. Porsch (Zentr.) und als zweiter Vizepräsident Dr. Krause (natlr.) durch Zuruf wiedergewählt. Ebenso werden die bisherigen Schriftführer wiedergewählt.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen beginnt die

erste Lesung des Etats.

Auf Vorschlag des Abg. **Kirsch** (Zentr.) beschließt das Haus, daß die Materien der bevorstehenden Zentrumsinterpellationen über die Kattowitzer Vorgänge und den Zechenarbeitsnachweis im Ruhrrevier bei der Etatsberatung nicht behandelt werden sollen.

Abg. v. **Pappenheim** (kons.):

spricht die Erwartung aus, daß der Ministerpräsident bald einen Stellvertreter ernennen werde, da er jedenfalls neben seiner Tätigkeit als Reichskanzler für die Erledigung der besonderen preußischen Angelegenheiten nicht immer die nötige Zeit werde finden können. Die Stellung unserer Partei einer Wahlrechtsänderung gegenüber ist früher von uns klar gekennzeichnet. Wir haben diesen Erklärungen nichts hinzuzufügen und an ihnen nichts einzuschränken. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben uns wesentlich in unserer Stellung bestärkt. Wir warten ab, wie die Vorlage der Regierung aussehen wird und werden danach unsere Stellung einnehmen. Auf die Finanzen in Preußen hat die Reichsfinanzreform wesentlich eingewirkt. Ich kann der preußischen Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie für die Verbreitung des richtigen Verständnisses der Reichsfinanzreform recht wenig getan hat. (Lebhafte Zustimmung rechts, Gelächter links). Wieviel hätte eine solche aufklärende Tätigkeit zur Beruhigung des Erwerbslebens beitragen können, wieviel Verhetzungen der Bevölkerung hätten vermieden werden können! Nichts von alledem ist geschehen! Die preußische Regierung, die doch der Reichsfinanzreform im Bundesrat zugestimmt hat, hat zur Begründung dieser Stellungnahme in der Folge nichts getan, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen. (Sehr richtig rechts). Angesichts der Finanzlage wird vor allem auf eine vorsichtigere Wirtschaft in den großen Betriebsverwaltungen das Augenmerk zu richten sein. Sie beweist zugleich, daß wir bei den Beamtenbesoldungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind. Hoffentlich wird das Verständnis dafür auch in den Beamtenkreisen selbst sich immer mehr ausbreiten. Redner geht des weiteren auf finanztechnische Einzelheiten ein. Die Frage der Schiffahrtsabgaben muß jetzt endlich zur Entscheidung kommen. (Sehr richtig! rechts.) Bedauerlich ist es, daß Ausführungen in einer offiziellen Denkschrift Platz gefunden haben, die mit einem gewissen Pathos verletzende Aeußerungen für die Politik Preußens als Bundesstaat enthalten. (Sehr richtig! rechts.) Gegenüber einer Bemerkung des Herrn Finanzministers möchte ich zum Schluß feststellen, daß der von ihm angedeutete Weg der Bewilligung neuer Steuern zur Deckung des Defizits für uns ganz ungangbar ist. (Lebh. Bravo! rechts!)

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Ich bin in meiner Etatrede auf die Frage der Reichsfinanzreform an sich nicht eingegangen und werde es auch heute nicht tun. Ich glaube, das ist der beste Weg, um neue Zerwürfnisse zu vermeiden. Daß die Reichsfinanzreform bedauerlicherweise von einzelnen Kreisen zum Gegenstand einer Verhetzung gemacht worden ist, ist richtig, und ebenso trifft es zu, daß dem Publikum zum Teil Preisaufschläge zugemutet worden sind, die über das drei- bis zehnfache der Zoll- und Steuererhöhungen hinausgehen. Der Vorwurf aber, daß die preußische Regierung nicht genügend Klarstellung veranlaßt habe, dürfte nicht berechtigt sein. Es handelt sich nicht um ein preußisches Gesetz, sondern um eine reine Aktion des Reiches, und seitens des Reichsschatzamtes sind tatsächlich wiederholt zahlenmäßige Darstellungen darüber erschienen, wieweit die Preissteigerungen über das Maß der Zölle und Steuern hinausgegangen sind. Im übrigen meine ich, daß wir jetzt nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen sollten, wenn der Zweck der Reichsfinanzreform wirklich erreicht werden soll.

Minister **v. Breitenbach**:

Mit Herrn von Pappenheim bin ich der Meinung, daß es in hohem Maße erwünscht ist, die Frage der Schiffahrtsabgaben endlich zum Abschluß zu bringen. Der Bundesrat wird sich jedenfalls in nicht all zu ferner Zeit darüber schlüssig werden. Partikularistisch-fiskalische Tendenzen können der preußischen Vorlage nicht vorgeworfen werden. Um einem solchen Vorwurf aus dem Wege zu gehen, schlägt sie ja die Bildung von großen Zweckverbänden vor. Wie berechtigt der Standpunkt der preußischen Regierung ist, beweist wohl auch die Tatsache, daß ein großer Teil der Handelskammern, darunter vor allem auch die Handelskammer in Hamburg, sich mit ihrem Entwurf einverstanden erklärt hat. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. **Jazdzewski** (Pole).

Dem neuen Herrn Ministerpräsidenten können wir Polen nach seiner bisherigen Tätigkeit leider wenig Vertrauen entgegenbringen. In der Zurücksetzung der Polen unter dem neuen Vereinsgesetz ist bedauerlicherweise eine Aenderung nicht eingetreten. Ganze Provinzen sind ausgeschlossen von der Bestimmung des Vereinsgesetzes, die den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen zuläßt. Dem neuen Kultusminister gegenüber müssen wir erneut unsere Forderung betonen, daß der Religionsunterricht in der Volksschule an polnische Kinder in ihrer Muttersprache erteilt werden muß. Dadurch wird die Förderung der deutschen Sprache nicht beeinträchtigt. Wenn die Volksschulen mehr bestrebt sein würden für das Leben zu lehren, würde ihr Nutzen ein größerer sein. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. **Friedberg** (ntl.):

Was die Finanzreform anlangt, so wundert es mich, daß eine so starke Partei, wie die konservative, so ängstlich nach der Regierung schreit. (Sehr gut! links). Nach unserer Meinung war die Finanzreform in sozialpolitischer Beziehung die unglücklichste, die man sich denken konnte. (Lebh. Zustimmung links). Dies der Bevölkerung klar zu machen und ihr zu sagen, daß eine wirklich sozialpolitische Finanzreform durch das Bündnis der Konservativen und des Zentrums verhindert worden ist, war unsere Pflicht. (Sehr richtig! links). Von einer Verhetzung auf unserer Seite kann dabei keine Rede sein. Aber auch ich stimme mit dem Finanzminister darin überein, daß es besser ist, nunmehr das Vergangene ruhen zu lassen. Mit den Schiffahrtsabgaben haben wir uns seinerzeit abgefunden, um überhaupt eine Verbesserung der Wasserstraßen durchzusetzen. Wenn sie eingeführt werden, so ist für uns die Vorbedingung, daß die Einnahmen aus diesen Abgaben wieder verwendet werden zur Verbesserung der Wasserstraßen. Ueberrascht hat mich etwas der scharfe Ton, den der Herr Finanzminister in dieser Frage anschlug. Er war wohl veranlaßt durch die Badische Denkschrift. Wenn die Mißstimmung zwischen Baden und Preußen durch unseren Gesandten wieder beseitigt ist, so freue ich mich dabei vor allem auch darüber, daß unser Gesandte doch auch einmal etwas zu tun gehabt hat. (Heiterkeit.) Die größte Freiheit des Verkehrs ist auch nötig zur Stärkung des inneren Marktes, auf den der Herr Finanzminister mit Recht großen Wert legte. Den warmen Worten, die der Herr Finanzminister wieder für die Landwirtschaft gefunden hat, stimmen wir zu. Wenn er Herrn Bueck in dieser Beziehung zitiert hat, so wünschte ich, daß er auch mit der weiteren Forderung des Herrn Bueck einverstanden ist auf Zurückweisung der demagogischen Bestrebungen des Bundes der Landwirte. (Sehr gut! links.) Notwendig wäre eine Einschränkung des Aufsichtsrechtes über die Selbstverwaltungskörperschaften. Die rechtliche Stellung der mittleren Staatsbeamten, der Kommunalbeamten müßte einer Revision unterzogen werden. (Sehr richtig! links.) Diese Beamten müssen

größere politische Bewegungsfreiheit

haben. Den neuen Herrn Ministerpräsidenten werden wir nach seinen Taten beurteilen. Gegenüber seiner Rede im Reichstag müssen wir feststellen, daß wir tatsächlich in Preußen nicht eine objektive Regierung, sondern ein konservatives Parteiregiment haben. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Das kommt auch bei der Ernennung der höheren Verwaltungsbeamten zum Ausdruck. Das sollten auch die Konservativen selbst nicht billigen. Hat doch Herr v. Heydebrand im Reichstag selbst erklärt, er halte es für selbstverständlich, daß auch andere bürgerliche Parteien an der Verwaltung beteiligt werden. (Hört! hört! links.) Vermißt haben wir eine Auskunft über das Schicksal unseres Beschlusses betr. die Freifahrtskarten für Abgeordnete. Das ist keine ganz würdige Behandlung des Hauses. (Sehr richtig! links.) Es macht einen geradezu peinlichen Eindruck, wenn wir Abgeordnete immer wieder auf diese Frage zurückkommen müssen. (Sehr richtig! links.) Aus unserer Initiative heraus ist der Antrag gekommen, die Gehälter der Herren Staatssekretäre zu erhöhen. Um so mehr können wir erwarten, daß die Regierung sich endlich einmal entschließt, uns auf unseren Wunsch wenigstens eine Antwort zu geben, dessen Erfüllung für viele von uns von einer recht erheblichen Erleichterung wäre. (Lebh. Zustimmung links.) Was die allgemeine politische Lage anlangt, so werden wir mit den Parteien, die uns von rechts und links am nächsten berühren, gern zusammenarbeiten. Unnatürliche Koalitionen verschmähen wir, von einem Großblock ist keine Rede. (Bravo b. d. Natl.)

Minister **v. Moltke**:

Die Kommission zur Vorberatung der Verwaltungsreform ist in voller Tätigkeit, und ich kann mit Dank aussprechen, daß ein reiches Maß von Anregungen aus ihrer Mitte an mich herangekommen ist. Fertig ist der Ausschuß, der sich mit Vereinfachung des Geschäftswesens beschäftigt hat. Eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Dezentralisierung können ohne Mitwirkung der Gesetzgebung erfolgen, und das geschieht auch. Zu Gesetzesvorlagen wird es auf dem Gebiete der Verwaltungsreform vielleicht in dieser Session noch nicht kommen. Herr Friedberg hat gesagt, es wäre auffallend, daß alle neuernannten höheren Verwaltungsbeamten früher Mitglieder der konservativen Partei gewesen wären. Ich muß den darin liegenden Vorwurf ablehnen. Wenn eine Vakanz eintritt, richten wir uns nicht danach, ob der Betreffende ein Parlamentarier oder sogar ein Konservativer ist, sondern es entscheidet lediglich die Tüchtigkeit und Fähigkeit des betreffenden Mannes. (Schallendes Gelächter links.)

Abg. **Herold** (Zentrum):

Wir legen auf die Verteidigung der Finanzreform durch die Regierung keinen Wert. Wir sind selbst imstande, die Zweckmäßigkeit dessen, was wir zustande gebracht haben, vor der Oeffentlichkeit zu vertreten. (Bravo! im Zentr.) Die Unzufriedenheit im Lande mit der Steuerreform ist nur dadurch zu erklären, daß die Majorität, die im Reichstag die Verantwortung für die Reformierung der Finanzen übernommen hat, eine so kleine war. Das beweist, wie groß das Fehlen des Fürsten Bülow war, daß er von vornherein die Steuerreform nur mit einem Teil positiven Parteien zustande bringen wollte. (Sehr richtig! im Zentr.) Die Nationalliberalen haben lediglich aus parteipolitischen Gründen gegen die Finanzreform gestimmt. (Lebh. Zustimmung im Zentr., große Unruhe bei den Natl.) Die Agitation der Nationalliberalen im Lande gegen die neuen Steuern hat sich

in nichts von der der Sozialdemokratie unterschieden.

(Sehr wahr! im Zentr.)

So hat die nationale Partei in einer der wichtigsten Nationalfragen völlig versagt. (Lärm bei den Natl.) Herr Friedberg sagt, wir hätten die Steuern abgewälzt auf die Unbemittelten. Und doch waren die Nationalliberalen bereit, diese neuen Lasten in noch höherem Maße den Unbemittelten aufzuerlegen. (Hört! hört! im Zentr., Zuruf links: Erbschaftssteuer!) Gegen die Erbschaftssteuer ist gerade aus ihren Reihen schärfste Opposition erhoben. Noch vor der entscheidenden Abstimmung

Lobe-Theater.

„Die Pfarrerstochter von Streladorf“.
Komödie in drei Akten von Max Dreyer.

Wenn wir in Breslau ein Publikum hätten, das nicht durch eine krankhafte Vorliebe für lärmende Operetten seinen Geschmack verdorben, so würde dieses neueste Werk Dreyers ein Schlager der Saison werden. Aber wer täglich Torte mit Schlagsahne ißt, weiß schließlich nicht mehr, wie gutes Brot mit Milch schmeckt, und wer gewöhnt ist, in französischen Ehebruchskomödien Triumphe der Literatur zu erblicken, der findet die einen Ausschnitt des täglichen Lebens darstellenden modernen Werke unserer Realisten fad und öd. Am Sonnabend waren einige von ihnen anwesend und nach dem zweiten Akte glaubten sie im Interesse der Sittlichkeit und vorschriftsmäßig abgestempelten Moral zischen zu müssen. Die Bedauernswerten! Wir andern, die nicht gezischt, sondern uns herzhaft gefreut haben, wir hatten nur den einen Wunsch: Dieses Stück recht bald als Volksvorstellung für den Sozialdemokratischen Verein zu erhalten.

Das Stück spielt in einem mecklenburgischen Pfarrhause. Zwei seiner Bewohner sind Charaktere, wie man sie ähnlich vollkommen in der modernen Dramatik selten findet: Der knorrig eichenstarke, weltliche Pastor Reimers (Herr Zobow), der für seine industriellen Geschäfte mehr Sinn hat als für die Verdummung seiner Bauern, und seine Tochter Käthe (Frau Santen) ein vollblütig gesundes Naturweib, das nur die einzige Schwäche hat, in einen schwächlichen Streber verliebt zu sein. Dieser Streber, Dr. Erwin Daße (Herr Erwins), möchte gern Professor werden. Er hat eine wichtige wissenschaftliche Entdeckung gemacht, die aber einem Dummkopf von Geheimrat (Herr Glaizmann) nicht paßt. Besteht Daße aber auf Anerkennung seiner Entdeckung, so wird er die Professur nicht erhalten. Käthe hat ihrem Verlobten völlig vertraut und glaubte an seine Mannhaftigkeit, glaubte, daß er den Mut der Ueberzeugung haben werde und gibt sich ihm in einer (prächtig geschilderten) Johannisnacht völlig hin. Aber schon anderen Tags muß sie sehen, daß dieser Mensch nur ein gemeiner Streber ist, dem die Liebesnacht keinen heiligen Schimmer hinterlassen, der sogar feige genug ist, sich als verführte Unschuld zu gebärden. Das gibt dem kraftvoll aufrichtigen Vollweib einen Riß und weckt in ihr die Erkenntnis, daß sie mit dieser kompletten Strebernatur (Dreyer zeichnet den Kerl wie der „Simplicissimus“ preußische Assessoren zeichnet) nicht im Lebensschiffe fahren kann. Sie jagt ihn aus Land und er geht fein davon. Als Käthe sich Mutter fühlt (in wundervoller Unbefangenheit ihres Geistes sagt sie offen und phrasenlos: „Ich kriege ein Kind“), läßt sie ihn noch einmal zurückrufen und zwar durch ihren Bruder (Herr Bauer), der ein ebenso tüchtiger Baumeister wie aufrichtiger Grobian ist (er wagt sogar (mit einer leibhaftigen Grafen zu verderben und seine aufgeblasene Braut mit herzerfrischender Grobheit zu behandeln). Dem Bruder, der ein derber ehrlicher Charakter ist, wie sie selber, […]

so erschrickt, will der Autor die landläufige Moral der Unehrlichen und Heuchler treffen, beweisen, daß selbst in diesem Pfarrhause mit seinen sympathischen Bewohnern alte, verfaulte Ueberlieferungen nicht gleich auszurotten sind. Noch weiß der alte Pfarrer nichts. Als Daße nun kommt, da erfährt auch er, was zwischen den beiden jungen Menschen sich begeben hat. Im ersten Aufwallen seines Zornes will er die Tochter vor allen Dörflern an den Pranger stellen, besänftigt sich aber bald, weil ihm die auch in ihm noch schlummernden alten Ueberlieferungen als einen Ausweg die — rasche Heirat der beiden eingeben. Jetzt aber entpuppt sich der Streber und Schwächling in seiner ganzen Erbärmlichkeit. Er will, daß Käthe sich ihm in allem unterduckt und in ihm den Helden anbetet. Er will rehabilitiert sein, um endlich angestellt zu werden. Sie soll ihm seine — Ehre wiedergeben! Das ist zu viel. Käthe wirft den Burschen zum zweitenmale hinaus und Vater und Bruder helfen ihr mit ein paar moralischen Fußtritten dabei. So ein Kerl ist für das Mädel viel zu schade. Jetzt will der Vater tapfer zu seiner armen, betrogenen Tochter halten, ja, jetzt findet er sogar seine alte Spannkraft wieder. Jedem wird er für sein Kind Trotz bieten, ja, er glaubt, daß er nun auch wieder so kraftvoll auf der Kanzel stehen werde, wie einst — „vorausgesetzt, daß sie mich noch predigen lassen . . .“

Wie diese flüchtige Inhaltsangabe zeigt, trifft das Stück mit scharfen Pfeilen die Lügen der herrschenden Moral, was den Frömmlern sehr peinlich ist, wie ihr Zischen bewies. Die Zeichnung der beiden Hauptfiguren ist dem Dichter prächtig geglückt; wie aus einem Gusse geschmiedet stehen sie vor uns, und gern übersehen wir ihnen zu Liebe einige dramatische Schwächen des Werkes und einige Lücken. Ein pumpfroher Student und sympathischer Wildfang und die Millionenbraut laufen nur als Episodenfiguren durch das Stück, gewannen aber durch Herrn Flodas und Fr. v. Kühnenfelds glückliches Spiel. Das Werk reiht sich den übrigen des Verfassers „Tal des Lebens“, „Die Siebzehnjährigen“, „Probekandidat“ nicht nur würdig an, sondern übertrifft sie fast alle. Eine prächtig abgerundete Aufführung, geleitet von Herrn Bonno, brachte seine Schönheiten unter lautem Beifall des gut besuchten Hauses voll zur Geltung. Vor allem ist der Autor den Trägern der Hauptrolle großen Dank schuldig. Frau Santen haben wir lange nicht so groß gesehen. Sie gab dem von Milch, Eiern und Schinken genährten Kraftweib Käthe Leben, Farbe und Frische, und auch Herr Erwins brachte den Halbmann und schwächlichen Stubenhocker, der vor ihr nicht bestehen kann, trefflich heraus. Herr Zobow stattete den Pastor mit aller Würde und sympathischer Grobheit aus, die der Dichter an ihm geschaffen, und auch die Herren Barna (der Vater der Millionenbraut) und Bauer, sowie die Damen Bog und Schwarz fanden sich mit ihren kleinen Rollen sehr gut ab. Das zu einem großen Teile sehr ungebildete Publikum war wieder so dreist und rücksichtslos, wie schon häufig bei Premieren. Je verachteter es ist, um so mehr stört es […]

Herrschaften sollten sich von den Besuchern der Dichterabende im Gewerkschaftshause belehren lassen! Sollte es nicht möglich sein, Herr Direktor, die Rücksichtslosesten durch Hausdiener zum Anstand erziehen zu lassen?

r. a.

Aus aller Welt.

Eine neue Glanzleistung Paulhans. Der Aviatiker Paulhan in Los Angeles erhob sich bei gutem Wetter in die Luft und verließ mit seinem Farman-Zweidecker, nachdem er auf etwa 200 Meter gestiegen war, das Aerodrom, um die Richtung nach dem Meere zu nehmen. Sehr bald war der Flieger den Augen der Zuschauer entschwunden. Er blieb lange außer Sehweite und wendete erst angesichts der weit von der Küste entfernten Insel Catalina. Als der Aviatiker endlich wieder über dem Aerodrom erschien, brach das Publikum in lauten Beifall aus. Die neue Glanzleistung Paulhans erregt in Paris großes Aufsehen.

Verhungert und erfroren. Aus Kamtschatka wird gemeldet: Infolge Ausbleibens des Dampfers, der den Verkehr nach dem Süden vermittelt, war ein Trupp von 34 Personen an der Nordostküste der Halbinsel lange Zeit dem Frost und Hunger ausgesetzt. Schließlich versuchten die Unglücklichen, Petropawlowsk auf dem Landwege zu erreichen. Nur ein Teil von ihnen gelangte, jedoch mit erfrorenen Gliedmaßen, nach Osernoje. Elf Personen waren unterwegs den Strapazen erlegen.

Zusammenstoß zweier Güterzüge. Beim Rangieren auf dem Bahnhofe Letmathe bei Hohenlimburg lösten sich 22 Güterwagen, die mit rasender Schnelligkeit auf der abschüssigen Strecke einem Güterzuge entgegenfuhren. Die Zugbeamten merkten rechtzeitig die drohende Gefahr und sprangen ab. Mit voller Kraft prallten die beiden Güterzüge zusammen, wobei sich die Wagen aufeinandertürmten und 12 Güterwagen vollständig zertrümmert wurden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

New York im Schneesturm. Die Stadt liegt noch immer im Banne eines furchtbaren Schneesturmes. Die Straßen sind mit 12 Zoll hohem Schnee bedeckt, der Bahnverkehr stockt fast ganz. Tausende von Passagieren saßen in den Vorstädten stundenlang im Schnee fest. Der Bürgermeister von New York wurde auf dem Heimwege von Long Island vom Schnee aufgehalten und beschloß, zu Fuß zu gehen. Er verirrte sich und ihm entschwanden die Kräfte. Eine abgesandte Rettungsgesellschaft fand ihn schließlich vollständig erschöpft auf.

Duellwütige Studentinnen. Infolge des beängstigenden Gedränges im Zuschauerraum des Schwurgerichtssaales in Krakau kam es zwischen zwei Studentinnen der Medizin zu einem überaus heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf die beiden ihre Karten wechselten, um ihren „Ehrenhandel“ mit der Waffe […]

waren in Ihrer Fraktion 37 Stimmen gegen die Erbschaftssteuer, 37 dafür, und infolge des scharfen Fraktionszwanges sind dann drei ihrer hervorragendsten Mitglieder aus der Partei ausgetreten. Sie waren nur gegen die beschlossenen Besitzsteuern, weil von ihnen die Kreise betroffen wurden, die sie in erster Linie vertreten. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Das hat einer Ihrer besten Freunde, der dann ausgeschlossen wurde, öffentlich ausgesprochen, als er von der „Aufsichtsratspolitik" in Ihren Reihen sprach. (Hört! hört! im Zentrum.) Herr Friedberg sagte: Wir bleiben treu unserer Tradition. Wenn man nur wüßte, welches diese Tradition ist? (Gr. Heiterk. i. Zentr.) In diesem Falle waren Sie doch gewiß nicht national. 1879, als die Zollpolitik inauguriert wurde, verhielten sich die Nationalliberalen ja auch ablehnend, und das Zentrum mußte, obgleich es noch im Kulturkampf stand, damals wie heute als Retter in der Not auftreten. (Lachen links). Herr Friedberg erklärte stolz: In den großen Block gehen wir nicht hinein. Aber wie war es denn in Baden, in Hessen? (Zuruf links: Bayern!) In Bayern ist das Zentrum nur zur Erreichung eines ganz bestimmten Zweckes

mit den Sozialdemokraten zusammengegangen.

1907 hat ein hervorragender Führer der Sozialdemokratie dem Zentrum allerdings ein Kompromiß angeboten, und wenn das akzeptiert worden wäre, dann wäre die Blockmehrheit nicht in den Reichstag eingezogen. Aber damals hat das Zentrum erklärt: Mit der Sozialdemokratie gehen wir nicht in die Wahlen. (Hört! Hört! im Ztr.). An eine Bewilligung neuer Steuern denken auch wir in absehbarer Zeit nicht, ebenso wie das Reich mit den jetzt bewilligten Mitteln auskommen muß. In den Schiffahrtsabgaben sehen wir kein Verkehrshindernis, sondern eine Förderung des Ausbaues der Wasserstraßen. Unter der schlechten Finanzlage hat auch die Förderung des Handwerks und des Mittelstandes nicht leiden, denn das sind werbende Ausgaben. (Bravo! i. Ztr.)

Was die bevorstehende Wahlreform

betrifft, so treten wir unter allen Umständen für das geheime Wahlrecht ein (Bravo! im Zentr.), nicht nur für die Landtagswahlen, sondern auch für die Kommunalwahlen. Gerade die Verhältnisse in Kattowitz haben gezeigt, wie notwendig das geheime Wahlrecht auch in den Kommunen ist. (Sehr richtig! im Zentr.) Höchst bedauerlich war der Mißton, der in die glänzend verlaufene

Katholikenversammlung in Breslau

hineinkam durch das Verbot einer Ansprache in polnischer Sprache. Wie man durch eine solche Maßnahme das Deutschtum schützen will, ist mir unverständlich. (Bravo! im Zentr.) Bei der Verwaltungsreform ist nicht die Hauptsache die Abänderung der Instanzen, sondern das wichtigste ist, daß man sich daran gewöhnt, nicht soviel zu regieren, noch zu reglementieren. (Bravo! im Zentr.) Redner führt des weiteren Beschwerde über Zurücksetzung der Katholiken bei der Besetzung von Staatsämtern. Die Nationalliberalen haben uns früher bei solchen Beschwerden immer entgegengehalten, was heute der Minister ihnen gegenüber sagte: Es wird nur nach der Tüchtigkeit und Fähigkeit des Einzelnen gesehen. Aber wir wissen, daß sehr viel auf die parteipolitische Gesinnung ankommt und ebensoviel auf die Konfession. (Sehr richtig im Zentrum). Auf dem Gebiete der Volksschule wollen wir den Einfluß der Kirche auf die Schule. Wir halten fest an der geistigen Schulaufsicht, die allein diesen Einfluß verbürgt. Die plötzliche Entlassung einer ganzen Reihe von Ortsschulinspektoren im Regierungsbezirk Arnsberg, hat in den Kreisen der Katholiken große Erbitterung erregt. (Sehr richtig im Zentrum). Auch die Kreisschulinspektoren müssen durch Geistliche ersetzt werden. (Hört! hört! links). Stelle man doch Geistliche im Hauptamt als Kreisschulinspektoren an. (Gelächter links). Auch geistliche Direktoren an den Lehrerseminaren sind notwendig, denn alle Schulaufsicht ist vergeblich, wenn wir nicht Lehrer haben, die von dem christlichen Geist ihrer speziellen Konfession voll und ganz durchdrungen sind. (Bravo i. Zentr.) Warum stellt man nicht, wie das früher die Regel war, auch als Regierungsschulräte Geistliche an? (Bravo i. Zentr. Hört! Hört! links.) Wir müssen den positiven Glauben stärken, denn die Umsturzbestrebungen wachsen nicht nur von der Sozialdemokratie aus, sondern auch von oben.

Wie war es bei dem Ferrer-Rummel,

wo Künstler, Dichter, Professoren mit wahrer Begeisterung für einen Anarchisten in die Schanze traten. (Hört! Hört! Lautes Gelächter links.) Möge die Regierung sich erinnern, daß ein Volk, das an Gott und die Ewigkeit glaubt, die festeste Stütze der Staatsordnung ist. Wenn auch das Zentrum stets für die Rechte der Katholiken gekämpft hat, so ist es deshalb doch keine konfessionelle Partei. (Lachen links.) Wir haben auch Protestanten in unserer Mitte. Auch unsere Schutzzollpolitik hat sich glänzend bewährt, wir haben eine nie geahnte Kulturentwickelung zu verzeichnen. Nur an einem Uebel krankt unser Vaterland, an der Kluft zwischen den Konfessionen, die der evangelische Bund vor allem zu erweitern trachtet. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch auf diesem Gebiete eine Verständigung möglich ist. Eine Verständigung kann aber nur erfolgen auf dem Boden der freien Entwickelung. (Lebhaft. Bravo! im Zentrum.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag, 11 Uhr.

Abg. Friedberg (nat.) stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß das angebliche Wort von der Aufsichtsratspolitik der Nationalliberalen bei der Finanzreform nicht gefallen sei.

Schluß 4½ Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. Januar.

Geschichtskalender.

18. Januar.

1871 Kaiserproklamation in Versailles.

---

* **Ueberall Angst vor Demonstrationen.** Auch im Landkreise Breslau scheint man am Sonntag mit Wahlrechtsdemonstrationen der organisierten Arbeiterschaft gerechnet zu haben, denn anders läßt sich die Anwesenheit von zwei Gendarmen nicht erklären, die sich zu der Generalversammlung der Hilfszahlstelle Neukirch und Umgegend des Fabrikarbeiter-Verbandes in dem Lokale von Franke in Schmiedefeld eingefunden hatten. Zu dieser Versammlung waren die Verbandsmitglieder durch Zettel und durch Hinweise im Vereinsanzeiger der „Volkswacht" eingeladen worden, auch war die Tagesordnung angegeben, die folgende drei Punkte enthielt: 1. Jahresrückblick. 2. Vortrag des Kollegen Th. Müller. 3. Gewerkschaftliches. Hieraus mußte die Behörde ersehen, daß es sich um eine gewerkschaftliche Veranstaltung handelt, bei dem überwachende Polizeibeamte nichts verloren haben. Nach der Eröffnung der Versammlung durch den örtlichen Vertrauensmann, protestierte Genosse Th. Müller gegen die Anwesenheit der beiden Beamten, er wies auf die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes hin und erklärte unter keinen Umständen unter Polizeiüberwachung tagen zu wollen. Die Versammelten erklärten sich bereit, die Versammlung nicht stattfinden zu lassen, wenn die Beamten blieben. Nach kurzem sachlichen Meinungsaustausch zwischen unserem Genossen und den Beamten, verließen diese das Lokal und die Versammlung tagte.

Warum mußte erst den beiden Beamten ein Teil ihres Sonntagsnachmittags geraubt werden?

Die Stadtverordnetenversammlung

hält auch am Donnerstag dieser Woche eine Sitzung ab. In derselben soll unter anderem Entscheidung gefällt werden über den Erwerb der Grundstücke Gellhornstraße 49 und 51, die durch die Zuführungsstraßen zu der Kaiserbrücke im Werte erheblich geschädigt sind. Die Versammlung soll entscheiden, ob die Grundstücke zum Preise von 185.000 Mk. (nebst 3700 Mk. Umbaukosten) erworben werden oder ihr Besitzer mit 35.000 Mk. für die Wertverminderung entschädigt werden soll.

Eine lange Reihe von anderen Vorlagen kommt von Ausschüssen zurück, ebenso liegen noch eine ganze Anzahl alter Magistratsanträge zur Beratung vor.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder.

Die Schuldeputation macht bekannt:

„Mit Beginn des neuen Schuljahres (Anfang April d. J.) werden alle Kinder schulpflichtig, die zu dieser Zeit bereits sechs Jahre alt sind, oder bis zum 30. September das sechste Lebensjahr vollenden

Sollte jedoch der körperliche oder geistige Zustand eines Kindes zu ernsten Bedenken gegen seine Beschäftigung in der Schule Anlaß geben, so ist unter Vorlegung eines ärztlichen Zeugnisses die Befreiung von der ordnungsmäßigen Einschulung bei uns nachzusuchen. Auch wenn schulpflichtige und schulfähige Kinder zunächst häuslichen Unterricht erhalten sollen, ist uns dies und zugleich anzuzeigen, wer ihn erteilen wird.

Knaben, die zur Aufnahme in eine unter der Aufsicht des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums stehende höhere Lehranstalt mit Michaelis vorgemerkt sind, können, wenn sie erst nach dem 1. Juli ihr sechstes Lebensjahr erreichen und deshalb nach einer Anordnung des Königlichen Provinzial-Schulkollegiums zu Ostern noch nicht aufgenommen werden dürfen, auf besonderen, bei der unterzeichneten Ortsschulbehörde (Schuldeputation) zu stellenden Antrag bis zum nächsten Aufnahmetermin — Michaelis — vom Besuche einer öffentlichen Schule befreit werden.

Eheliche Kinder dürfen nur dann in einem anderen als dem väterlichen Religionsbekenntnisse erzogen werden, wenn der Vater hierüber eine schriftliche Willenserklärung abgibt. Diese Erklärungen sind für die Volks- und Mittelschulen unseres Aufsichtskreises nach Anordnung der Königlichen Regierung bei uns (im Magistratsbureau IVa, Gartenstraße 3, Gartenhaus 3. Stock, Zimmer 31) zu Protokoll zu geben.

Nach dem Tode des Vaters schulpflichtig werdende eheliche Kinder sind stets in dem väterlichen Religionsbekenntnisse zu erziehen.

Bei außerehelichen Kindern ist das Bekenntnis der Mutter für die religiöse Erziehung maßgebend, solange sie nicht durch nachfolgende Ehe legitimiert sind, weil dann das Bekenntnis des Vaters bestimmend ist.

Die Anmeldung der in die Volksschulen aufzunehmenden Kinder muß alsbald, jedenfalls aber noch vor Ablauf des Monats März bei derjenigen Konfessionsschule, die der Wohnung der Eltern oder Pfleger am nächsten liegt, innerhalb der von dem zuständigen Schulrektor durch Aushang im Schulhause bestimmten Amtsstunden erfolgen.

Bei der Anmeldung sind vorzulegen:

1. die Geburtsurkunde,
2. (bei Kindern christlicher Eltern) der Taufschein (der übrigens für das Bekenntnis des Kindes nicht bestimmend ist) und
3. der Impfschein.

Schließlich machen wir noch darauf aufmerksam, daß auch für den Unterricht der blinden und taubstummen Lernanfänger in besonderen Kursen Sorge getragen wird.

Diese Kinder sind ebenfalls bei dem zuständigen Schulrektor unter Vorlegung der erforderlichen Zeugnisse anzumelden."

---

* **Das Zentrum und die deutsche Turnerschaft.** Ein Beispiel dafür, mit welcher Zähigkeit das Zentrum die Interessen seiner Anhänger zu wahren sucht, bietet der Ausgang eines Streites, den der bekannte ehemalige nationalliberale Reichstagsabgeordnete und Vorsitzende der patriotischen Deutschen Turnerschaft, Dr. Goetz, durch eine Preßäußerung heraufbeschworen hatte. Der Vorgang war folgender:

Im Ortsteil Friedenshütte in Beuthen hatten zwei Kapläne an dem Turnen der jungen Turnerinnen in Hosen Anstoß genommen und ihrer sittlichen Entrüstung im Beichtstuhl und auf der Kanzel Luft gemacht. An die Eltern war das Ersuchen gerichtet worden, ihre Töchter nur in solchen Vereinen turnen zu lassen, die von Geistlichen geleitet werden. Ueber diesen pfäffischen Eifer hatte Dr. Goetz sich in der Deutschen Turnzeitung einige Glossen erlaubt und damit den Zorn der ganzen Zentrumspresse auf sein sündiges Haupt geladen. Ein von der Zentrumskorrespondenz herrührender Artikel erging sich in heftigsten Angriffen gegen die Turnerschaft und ihren Vorsitzenden, der trotz seiner revolutionären Vergangenheit heute ein frömmelnder Greis ist. Der Artikel machte die übliche Runde durch die Zentrumspresse und in den Vereinen katholischer Gegenden inszenierten die Kapläne eine wüste Hetze. Proteste kamen aus allen schwarzen Winkeln des Reiches. Die Jagd hat einen vollen Erfolg gehabt und die Kölnische Volkszeitung kann in ihrer Abendausgabe vom 5. Januar melden, daß das Wild zur Strecke gebracht ist. In einem von ihr veröffentlichten Briefwechsel wird Dr. Goetz von seinen eigenen Leuten der Leichtfertigkeit geziehen und de- und wehmütig gebeten, das allmächtige Zentrum möge doch den Bannstrahl von dem Haupte der Turnerschaft nehmen. Wie das Blatt hinzufügt, hat die Deutsche Turnzeitung sich verpflichtet, nie wieder gegen die Katholiken (soll heißen: das Zentrum) etwas zu veröffentlichen. Aus dem offiziellen Liederbuch ist ein Vers, der von der Turnfaulheit der „Pfaffen" redet, entfernt worden, der 30 Jahre lang das Buch geziert hat. Die Turnerschaft ist also löblich zu Kreuze gekrochen und hat ihrem Vorsitzenden einen Maulkorb umgehängt. Der Vers im patriotischen Liederbuch, der 30 Jahre lang die Sündenschuld der treudeutschen Turner vermehrte, lautet:

„Nun endlich komm' ich an die Pfaffen,
An unsre schwarze Klerisei;
Im Dunklen nur sieht man sie schaffen
Und nicht frisch, fröhlich, fromm und frei.
Sie essen gut und trinken auch
Und haben einen feisten Bauch.
Das macht,
Sie turnen nicht,
Sie turnen nicht!"

Gegen diesen Vers haben wir im Stadtparlament keine Benderrede gehört, als die Lieder des Arbeiterturnerbundes eine so abfällige Kritik durch ihn erfuhren.

An dem Vorgehen der Frommen könnten sich die hunderttausende organisierter Arbeiter, die der Deutschen Turnerschaft immer noch angehören, ein Beispiel nehmen. Hundertmal ärger hat sich der alte Goetz gegen unsere Partei vergangen — wir erinnern nur an das ordinäre Flugblatt während der letzten Reichstagswahl — und trotzdem vollzieht ein großer Teil unserer Genossen nicht den Bruch mit dieser extreaktionären Körperschaft; sie lassen sich vom Zentrum beschämen. Wie lange wollen sie ihre Parteiehre von diesen Leuten ungestraft beschmutzen lassen?

* **Der Sozialdemokratische Verein** setzt am Freitag (nicht Donnerstag) die abgebrochene Diskussion über die Taktik im Wahlrechtskampfe fort. Die Vorkommnisse am gestrigen Sonntage werden zweifellos sehr zur Belebung der Debatten beitragen.

* **Billets zu den großen Volks-Konzerten im Schießwerder** am Donnerstag, den 17. Februar und Donnerstag, den 24. Februar sind zum Preise von 30 Pf. im Parteisekretariat und in der „Volkswacht" zu haben. Da der Andrang zu diesen Konzerten alljährlich ein sehr starker ist, wird man gut daran tun, sich schon jetzt Billets zu besorgen.

* **Die Generalversammlung der Brauereiarbeiter** hatte sich eines überaus guten Besuches zu erfreuen. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das verflossene Jahr ein besonders arbeitsreiches war. Tarife wurden mit den Genossenschafts-, Ringbrauereien, Bürgerlichen Brauhaus, Biervertriebsgesellschaft, Strehlener Niederlage abgeschlossen und Lohnforderungen bei den kleinen Brauereien durchgeführt, welche den Brauereiarbeitern wesentliche Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowohl bezüglich des § 616 und Urlaub brachten.

Die Brauereitarife laufen 3 Jahre, die in Niederlagen 2 resp. 1 Jahr.

Besonders erschwerend bei den Tarifunterhandlungen traten die Folgen der Finanzreform, welche die Brauindustrie auch mit 100 Millionen Mark neuen Steuern belastet, in Erscheinung. Die Brauereibesitzer glaubten die Forderungen der Brauereiarbeiter aus angeführten Gründen nicht erfüllen zu „können". Wenn nun auch nicht bestritten werden kann, daß die Brauereien unter den neuen Steuern zu leiden haben, so ist in Betracht zu ziehen, daß Breslau als Großstadt anderen Städten in Lohn- und Arbeitsbedingungen noch weit nachsteht.

Einzelne Brauereien scheinen sich sehr schwer an die tariflichen Vereinbarungen gewöhnen zu können. Allen an der Spitze steht die Kipke-Brauerei. In der letzten Zeit scheint sich die Genossenschaftsbrauerei dem leider anschließen zu wollen. Daß die Lohnsätze und sonstige Vereinbarungen durchgeführt werden können, beweist, daß das Bürgerliche Brauhaus und Biervertriebsgesellschaft, die kleinsten Betriebe, welche auch schwer unter der Konkurrenz zu leiden haben, seit Tarifabschluß zu Differenzen noch keine Veranlassung gegeben haben. Es machten sich nicht weniger denn 84 Unterhandlungen wegen Tarifbrüchen, Entlassungen und sonstigen Differenzen nötig!

Entlassungen konnten für 19 Männer und 10 Frauen rückgängig gemacht und 50 Personen konnten durch den Arbeitsnachweis Arbeit nachgewiesen werden. Versammlungen fanden statt: 10 Mitglieder-, 4 öffentliche, 10 Vertrauensmänner-, 6 Kategorien-, 10 Vorstandssitzungen und 67 Geschäftsversammlungen, ferner wurden 21 Versammlungen von den Ortsbeamten außerhalb Breslaus abgehalten. An Postsachen stehen 868 Eingängen 2354 Ausgänge gegenüber.

Am Schlusse des Jahres 1909 waren 460 männliche und 30 weibliche Mitglieder zu verzeichnen. Neuaufnahmen 251 männliche und 39 weibliche, zugereist und sonstiger Zugang 33 Mitglieder. Am Schluß 1909 667 männliche und 48 weibliche Mitglieder, ein Mehr von 207 männlichen und 18 weiblichen, in Summa eine Zunahme von 225 Mitgliedern.

Besonders erfreulich ist die Zunahme, da die Brauereien durch Neueinrichtung von Maschinen immer mehr und mehr Arbeiter erübrigen, infolge der Bierpreiserhöhung neue Arbeitskräfte bei Abgang von alten nicht eingestellt haben. Ueberall wird an Arbeitskräften gespart.

Der Jahreseinnahme von 14.882,20 Mark steht eine Ausgabe von 6512,55 Mark gegenüber; an die Hauptkasse konnten 8369,65 Mark gesandt werden An Unterstützungen wurden 2622,80 Mark bezahlt.

Dem alten Vorstand wurde der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen und einstimmig wurde er wiedergewählt.

In der Diskussion wurde das Verhalten einzelner Leiter der Brauereien beleuchtet. Die Pfefferhof-Brauerei, welche immerwährend Ueberstunden machen läßt, will die Leute zwingen, an Tagen, wo nicht soviel Arbeit ist, dieselben abzuschlafen! Wenn die das dann nicht wollen, sollen 10 Leute entlassen werden! Auf der einen Seite Ueberstunden, auf der anderen Seite soll Arbeitsmangel sein! So wird dem Arbeiter gedroht, wenn er seine tariflichen Rechte wahrnehmen will.

Die rückgängig gemachten Entlassungen zeigen, aus welchen kleinlichen Gründen die Arbeiter oftmals entlassen werden. Auch hier ist es hauptsächlich die Kipke-Brauerei. Wenn auch die Vorderburschen unter Leitung des Herrn Braumeisters Pflanz die meiste Veranlassung dazu geben, so sind die Herren Kipke von Schuld nicht freizusprechen, nachdem sie schon lange auf das System, das in der Brauerei besteht, die Gelben bei jeder Gelegenheit den Verbandskollegen vorzuziehen, nicht auf eine unparteiische Behandlung der Leute drücken. Liegt einmal ein zweifelhafter Fall vor, so versucht die Betriebsleitung, wenn der Arbeiterausschuß regelnd eingreift, selbst diesen mundtot zu machen.

Auch Herr Weide von der Genossenschaftsbrauerei, der sonst immer das genossenschaftliche Prinzip hervorgehoben und betont hat, daß die Brauerei nicht gegründet sei als kapitalistisches Unternehmen, sondern auch den Arbeitern gegenüber liberal sein zu können, scheint seine Auffassung geändert zu haben, da auch er sich in der letzten Zeit als kleiner Scharfmacher zeigt. In nächster Zeit werden wir uns einmal eingehend mit den einzelnen Brauereien beschäftigen. — Fischer appelliert an die Brauereiarbeiter, auch im kommenden Jahre alles daran zu setzen, daß auch der letzte Mann in der Brauerei seiner Organisation angehört, um immer einig und geschlossen dazustehen. Er weist auf den Nutzen der genossenschaftlichen Bewegung hin, fordert die Kollegen auf, dafür Sorge zu tragen, daß in jeder Arbeiterwohnung die „Volkswacht" vorhanden, sich auch der fernstehende Teil der Partei anschließen und auch Mitglied des Konsumvereins werden möge.

* **Ausdehnung des Schlachtzwanges auf Herdain.** Bekanntlich durften diejenigen Personen, welche am 31. März 1904 Mitglieder der Landgemeinde Herdain waren, Schweineschlachtungen in ihren Haushaltungen vornehmen, mit der Maßgabe, daß das Fleisch ausschließlich im Haushalt der Besitzer verwendet werden durfte. Dieses Vorrecht erreicht vertragsmäßig am 31. März 1910 sein Ende. Vom 1. April dieses Jahres ab dürfen Schlachtungen innerhalb des Gemeindebezirks Herdain überhaupt nicht mehr vorgenommen werden.

* **Ein Opfer seines Berufes.** Sonntag Nachmittag wurde der Hilfsweichensteller Hübscher während seines Dienstes vom Schnellzug, welcher 2 Uhr 8 Min. den Odertorbahnhof verläßt, am Wärterposten III (Hundsfelderbrücke) überfahren. Der bedauernswerte Beamte war auf der Stelle tot. Hübscher ist 28 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und zwei unmündige Kinder. Es war ihm vom Zuge eine schwere Kopfwunde beigebracht und ein Bein abgefahren worden.

* **Die Bezirksführer des Holzarbeiterverbandes** werden ersucht, zur morgigen Generalversammlung im „Kronprinzen" früher zu erscheinen wie die übrigen Mitglieder. Sämtliche Teilnehmer der Versammlung haben ihre Mitgliedbücher mitzubringen.

* **Verband der Steinarbeiter.** Dienstag, den 18. Januar, findet die diesjährige Generalversammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen aller Kollegen erwünscht. Beginn: Punkt 7½ Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 3.

* **Verband der Friseurgehilfen.** In der letzten Mitgliederversammlung erstattete Frenzel den Kassenbericht für das letzte Quartal 1909. Die Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit machte sich sehr bemerkbar. Ein Fortschritt konnte nicht erreicht werden. Nach der Erstattung des Kartellberichts trat eine lebhafte Diskussion über die Frage der Bezahlung der rückständigen Gewerkschaftshausbeiträge ein. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach sich der Zweigverein verpflichtet, die Summe, nachdem dieselbe in Einklang gebracht wird mit der 1906/07 in Wirklichkeit vorhanden gewesenen Mitgliederzahl, so bald als möglich an die Lokalkommission abzezahlt wird. Da am zweiten Feiertage einige Kollegen sich der Kontrolle entzogen haben, werden sie in entsprechende Strafen genommen. Bezüglich einiger tarifbrüchiger Meister wird Bericht erstattet. Besonders war es Herr Nieblich von der Anderssenstraße, welcher eine scharfe Kritik erfuhr. Dem von der Organisation der Friseurgehilfen gestellten Antrag, ihn aus der Partei auszuschließen, kam der Herr zuvor, indem er selbst austrat. Von Kollegen, welche an Sonntagen nach 2 Uhr die Geschäfte kontrollieren, wird berichtet, daß, nachdem man einige übertretungslustige Meister zur Anzeige gebracht hat, der Amtsanwalt die Eröffnung des Verfahrens abgelehnt hat mit der Begründung, die Kunden in den betreffenden Geschäften wären schon vor 2 Uhr im Geschäft gewesen, folglich könnten dieselben auch noch bedient werden! Der Herr Amtsanwalt bringt sich da in Widerspruch mit den Entscheidungen anderer Gerichte, sowie des Reichsgerichts. Mit dem Eintritt der Sonntagsruhe hat auch jegliches Geschäft aufzuhören. Nach der Meinung des Herrn Amtsanwalts könnten sich ja dann die Herren Barbiermeister die Kundschaft erst kurz vor 2 Uhr bestellen und dann schaben und pomadieren „bis in die Puppen", denn die Kundschaft war ja vor 2 Uhr schon im Geschäft. Das hat der Gesetzgeber aber nicht gewollt. Beschwerde gegen diese Entscheidung ist eingelegt worden.

§ **Der Segen der Fürsorgeerziehung.** Ein aus Breslau stammender Zögling der Wohlauer Fürsorgeanstalt ist vor einiger Zeit dort entlaufen. Er wurde in der Nacht zum Sonnabend dabei ertappt, wie er in eine Wohnung auf der Viktoriastraße eingebrochen war und sich anschickte, dort tüchtig aufzuräumen. Ein Bediensteter des Einwohners überraschte ihn dabei und übergab ihn der Polizei. Es gelang nun festzustellen, daß der Festgenommene auch den Einbruch in ein Schuhwarengeschäft auf der Neudorfstraße und ebenso in ein gleiches Geschäft auf der Matthiasstraße vor einigen Tagen verübt hat. Der Einbrecher hat in Gemeinschaft mit einem anderen jungen Manne gearbeitet, und sind auch beide gemeinschaftlich am 9. d. M. nach Liegnitz gefahren, um dort gestohlene Schuhwaren zu verkaufen. Sein Gefährte ist bisher noch nicht gefunden.

§ **Tot aufgefunden** wurde Kleine Dreilindengasse 7a eine Frau Marie Zimmerling, geborene Junker, während der Inhaber der Wohnung, ein Maurer, sinnlos betrunken in demselben Raume lag.

§ **Aufruf.** Derjenige Herr, der sich am 12. d. Mts., anläßlich des Unglücksfalles, dem der achtjährige Realschüler Kreutzberger zum Opfer fiel, dem Vater des verunglückten Knaben als Zeuge des Vorfalls anbot, wolle sich im Polizeipräsidium Zimmer 31/32 melden.

§ **Oderpiraten.** Auf einem Schiffe, das sich auf der Schiffsbauwerft an der alten Oder befindet, sind in den beiden Nächten zum 9. und 10. d. Mts. Einbrüche verübt worden. Die Diebe haben für etwa 130 Mk. Wert verschiedene Kleidungsstücke, Küchengeschirr, Stiefel, ein Winterüberzieher, einen Regenmantel etc. entwendet. Der Verdacht richtete sich gegen einen Schiffer, der nach seiner Festnahme auch ein Geständnis ablegte.

§ **Schiffsdiebstähle.** In den Nächten zum 13. und 14. d. M. haben Einbrecher zwei Schiffen an der Posener Brücke Besuche abgestattet. Von einem Dampfer auf der Schiffsbaustelle an der Posener Brücke stahlen sie durch Einsteigen in den Maschinenraum zwei Kupferrohre von etwa zwei Meter Länge im Werte von 30 Mk. — In ein anderes Schiff sind sie durch Zerschlagen der Standklappe in die Kajüte eingedrungen und haben von dort ein 80 Meter langes Stahldrahtseil (Trosse) zwölf Millimeter stark, im Werte von 80 bis 90 Mk. entwendet.

§ **Kupferdiebstahl.** Wie sich neuerdings ergeben, sind in den Monaten November oder Dezember aus dem Schuppen einer Zuckerfabrik für etwa 1000 Mark alte Kupferrohre und Flanschen entwendet worden. Es wurde ermittelt, daß die Arbeiter Paul Mischke und Max Broische sich im Besitze derartiger Kupfer befinden, und als sie im Begriff waren, diese an einen Altwarenhändler zu verkaufen, wurden sie verhaftet.

§ **Gefunden** wurden: ein schwarzseidener Pompadour, ein goldenes Kettchen mit goldenem Herz, ein Damenschnürschuh, ein eiserner Waschkessel, eine Herrenstahluhr, ein goldener Ring mit Perle und zwei kleinen blauen Steinen, mehrere Schlüsselbunde, Portemonnaies mit Inhalt.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Ohlau, 16. Januar. **Mord oder Selbstmord?** Bei Steindorf im Kreise Ohlau wurde, wie die „Brieger Zeitung" zu melden weiß, der Leichnam eines Handwerksburschen aufgefunden, welcher mehrere Messerstiche am Kopfe aufwies. Die Ermittelungen sind noch im Gange.

Wiesau, Kreis Sagan, 15. Januar. **Unverantwortlicher Leichtsinn.** Dem hiesigen Fabrikarbeiter Friedrich, einem als leidenschaftlicher Tabakraucher bekannten Manne, wurde in einem unbeobachteten Augenblick von seinen Mitarbeitern Pulver in den Pfeifenkopf mit dem Tabak vermengt. Beim Anbrandsetzen der Pfeife explodierte derselbe und Friedrich erlitt an den Augen und im Gesicht so schwere Verletzungen, daß er sofort in einem Krankenhause in Sagan untergebracht wurde. Für die Anstifter ist ein ernstes Nachspiel sicher.

Gleiwitz, 16. Januar. **Der Mörder seines eigenen Kindes.** Den Mord an seinem einjährigen Söhnchen eingestanden hat der Grubenarbeiter Hartsch aus Zabrze, der vor längerer Zeit unter diesem Verdachte verhaftet worden war. Hartsch gestand ein, daß er dem Kinde einen Gummizapfen in den Hals gesteckt habe, sodaß es erstickte. Der Mörder will noch einen Helfershelfer gehabt haben. Die Untersuchung ist nach dieser Richtung eingeleitet.

Neueste Nachrichten.

Eine neue Mine gegen den Herrn von Schön.

Berlin, 17. Januar. (H. T.-B.) Aus Paris geht der „Berliner Morgenpost" eine sonderbare Meldung zu, die dieselbe mit allem Vorbehalt widergibt. In der Meldung heißt es: In einer Gesellschaft, die hauptsächlich von französischen Politikern besucht war, erzählte eine an sehr hervorragender Stelle stehende Persönlichkeit, daß eines Tages der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Schön, mit dem französischen Botschafter Cambon über die Angelegenheit der Gebrüder Mannesmann in Marokko konferiert habe. Herr von Schön gab dem Botschafter beruhigende Erklärungen über die Haltung der deutschen Regierung in dieser Frage. Dabei seien auch die heftigen Artikel, die in einigen deutschen Blättern in dieser Angelegenheit erschienen waren, zur Sprache gekommen. Herr v. Schön soll bei dieser Gelegenheit gesagt haben: „Lassen Sie sich durch die Preßartikel nicht irre führen, die Regierung hat damit nichts gemein und wenn die Reichsregierung ernsthaft gewillt ist, etwas zu tun, so folgen uns die Reichstagsabgeordneten wie die jungen Hunde."

Die linksliberale Einigung.

Berlin, 17. Januar. (H. T.-B.) Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei hat gestern seine Beratungen über die Frage der Einigung der linksliberalen Parteien fortgesetzt. Nach längerer Beratung wurde die Frage durch einstimmige Annahme einer Resolution der Abgeordneten Wiemer und Müller-Meiningen für einen Zusammenschluß dieser Parteien bejaht. Der Parteitag der freisinnigen Volkspartei wird am 5. März d. J. und der konstituierende Parteitag der neuen Partei am 6. März d. J. in Berlin stattfinden.

Der wichtigste Wahltag.

London, 17. Januar. (H. T.-B.) Der wichtigste und entscheidendste Wahltag in der ganzen Wahlkampagne ist der heutige Tag. Heute sollen in 98 Wahlbezirken 104 Abgeordnete gewählt werden. Nach den bisherigen Parteiverhältnissen verteilten sich diese 104 Abgeordnete auf 68 Liberale und 36 Unionisten. Zwei Minister stehen heute vor der Wiederwahl.

Wasserstandsnachrichten der Oder.

Tagesst. Morgens früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neiße	Neisse Mdg. OPl.	Neisse Mdg. UPl.	Brieg OPl.	Brieg UPl.	Kannig*)	Lossen*)	Breslau OPl.	Breslau UPl.	Glogau	Grünberg
17. 1.	1,98	0,52	2,24	—	2,44	2,18	4,8.	2 83	1 65	1,43	5 18	0,8	1,37	—
18. 1.	1,58	0 44	1,88	—	2 14	1,82	4,72	2.62	1 56	1.33	5.14	−0,78	1,34	1,90
Mittel	1,62	0,48	2.12	0,42	2,46	2 07	4,07	2,38	1,08	1,56	5,00	0,14	1,88	1,15

*) Ausuferungshöhe l. Kottwitz 3,50; l. Ercheln (Oder-) Ohle-Richerung 3,25.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 17. Januar:

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 7—9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 18. Januar:

Maurer-Verband. Abends 7 Uhr: Versammlung.

Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr. Zimmer 3.

Mittwoch, den 19. Januar:

Schmiede. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Billardzimmer.

Donnerstag, den 20. Januar:

Bühnenarbeiter. Jeden Donnerstag nach dem 1 und 16. jeden Monats, Abends 11 Uhr, Zusammenkunft in den „Drei Tauben", Hummerei.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Land-Distrikt 4. Bezirke Gräbschen, Groß-Mochbern und Opperau. Dienstag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Kupprich in Gräbschen, Brunnenstraße 4. 1. Vortrag des Genossen Scholich über: „Die bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahlen in den 3 Orten". 2. Vereinsangelegenheiten.

Mischke, Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr,
im großen Saale des „Gewerkschaftshauses:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Fortsetzung der Diskussion über den preußischen Parteitag.**
2. Vereinsangelegenheiten.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.
Montag 7½ Uhr: „Orpheus in der Unterwelt".
Dienstag 7½ Uhr: „Falstaff".
Mittwoch 7½ Uhr: „Cavalleria rusticana". „Bajazzi". „Susanna im Bade".
Donnerstag 7½ Uhr: „Mignon".

Lobe-Theater.
Montag 7½ Uhr: „Die geschiedene Frau".
Dienstag 7½ Uhr: „Ein Herbstmanöver".
Mittwoch 7½ Uhr: „Die geschiedene Frau".
Donnerstag 7½ Uhr: „Ein Herbstmanöver".

Thalia-Theater.
Montag: Serie G 1. Vorstellung. „Sein Sündenregister".
Dienstag: Gewerkschaftl. Verein. „Flachsmann als Erzieher".
Mittwoch: Freidenker-Verein. (Abonnements-Vorstellung 2.) Serie Karten. „Liebelei".

Schauspielhaus
Montag 8 Uhr: Volks-Vorstellung. Kleine Preise. „Das Himmelbett".
Dienstag 8 Uhr: „Die Welt untergeht".
Mittwoch 8 Uhr: Gastspiel der Königl. Schauspielerin Anna Schramm. „Wie der Alten gesungen".
Donnerstag 8 Uhr: Gastspiel der Königl. Schauspielerin Anna Schramm. „Das schwache Geschlecht". „Madame Sans-Gêne". „Kaysers Garderobepredigt".
Freitag 8 Uhr: Gastspiel der Königl. Schauspielerin Anna Schramm. „Wie die Alten gesungen".

Liebichs Etablissement
Sophienstr. — Marienstr.
Verona-Trupp.
Johnny & Charlie
etc. etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater
Der Löwenkampf im Salon.
Größter Dressurakt der Gegenwart.
10 Zuschauer hervorragende Spezialitäten. 10
Anfang 7½ Uhr.
Neues Wochenspielplan gültig.

Zeltgarten
Dir.: H. Kreinsik.
Täglich:
Künstler-Vorstellung.
Neues Programm.

Palmengarten.
Dir. H. Krebsik.
Täglich:
2 Kapellen.
Entree frei!

Breslauer
Eis-Palast
größte Anlage Breslaus
Gartenstrasse 79.

9 Pf. — Rollerrodler — 9 Pf.

Gruß-Tabakverkauf
Preis 100, 80, 60, 40 und 30 Pf.
Rippen, pro kg 20 und 25 Mk. [152]
J. Groß, Ritzigasse 52.

Reste! Reste! Reste!
[illegible]
Moritz Salomon, Nürnberg,
Restetersatz, Weinmarkt 10.
[illegible]

Durch die Geburt einer Tochter wurden erfreut
H. Jakubowitz u. Frau
Anna geb. Gorstelle.
Breslau, 16. 1. 1910. [250]

Hausnähterin sucht Lehrmädchen gegen baldige Vergütung sucht Schröter, Gräbschenerstraße 134, Vorderhaus A. [248]

Hosennähterin melde sich Posenerstraße Nr. 89, 1. Etg. [247]

Tüchtige Hosennähterin [215]
sucht Stelle. Matthiasstr. 10, I.

Gesucht i. jed. Ort Frauen u. Mädchen jeglicher Branche. Verdienst. Herr. Geh. Port. und lohn. Rückporto für Jeden. Kostl. postl. frankiert. [249]
Herm. Wolff, Zwickau Sa., Kurzstr. 38

Mein Bureau
befindet sich jetzt
V, Höfchenstr. 4
(an der Tauentzienstr.)
Jahnz, [248]
Rechtsanwalt.

Tücht. Zuarbeiterinnen
gesucht [253]
Seydlitzstraße 5, hpt., rechts.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Aus Liebe
zu unserer Total-Ausverkauf wollen wir hier von heut bis 25. Januar ein bisherig Entgegenkommen zeigen. Kommen Sie gef. zu uns
in die Oder
strasse Nr. 5, wir geben Ihnen zu bekannt niedrigen Preisen: Bürsten, Besen, Schwämme, Kämme, Spiegel, Seifen, Kämme etc. etc. und
völlig umsonst
bei Einkauf von 1 Mark an gratis 2 Gläser Schirmcreme oder 1 Zahnbürste (Zimmer-Bürsten)
bei Einkauf von 2 Mark an gratis 1 Kasten Seifen oder 1 Taschenbürste oder
bei Einkauf von 3 Mark an gratis 1 Handspiegel
bei Einkauf von 5 Mark an gratis 1 Haarbürste mit Spiegel oder 1 Spülgarnitur mit Blech. [151]
London & C., Oderstraße 5,
2. Viertel vom Ring.

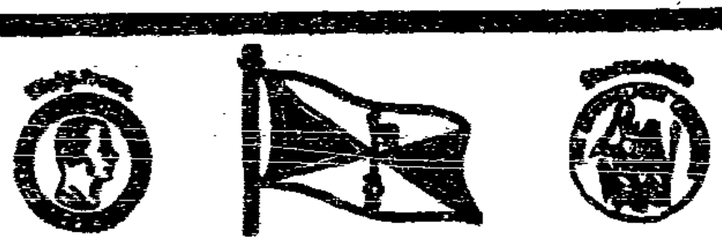
Proletarierkrankheit und kranke Proletarier.
Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas
— Preis 20 Pfg. —
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht".

Konsumverein für Gottesberg u. Umgeg.
E. G. m. b. H.
Sonntag, den 30. Januar 1910, nachmittags 2 Uhr, im großen Saale des Hotels „Glückauf":
General-Versammlung.
1. Geschäftsbericht.
2. Bericht des Aufsichtsrats.
3. Verlesung des Revisionsberichts und Beschlußfassung.
4. Ersatzwahlen für die Verwaltung.
5. Statutenänderung und Schaffung eines Verwaltungsratssystems.
6. Verschiedenes.

Wegen Stellung von Anträgen verweisen wir auf §§ 29 und 32 des Statuts.

Nur das Mitgliedsbuch legitimiert, ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt, jedoch haben die verheirateten Genossen das Recht, die Frauen mitzubringen.

Der Aufsichtsrat. [245]
J. A.: Hermann Strunk, Vorsitzender.



Montag früh eintreffend:
Große grüne Heringe [244]
Frischer Schellfisch und Cabliau.
D. D.-F.-G. „Nordsee"
Schnickerstr., Schuhstraße und seine Marktstände.